

Family Observer

Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten

Sozialschutz & sozialpolitische Maßnahmen

*Jugend als Übergang
zur Vollautonomie*

*Unterstützung durch
die öffentliche Hand*

*Entwicklung der
europäischen Familie*

Generationen

LoveTalks[®]

Beschäftigung & soziale Angelegenheiten



Europäische Kommission



Beim Gipfeltreffen von Lissabon wurde der ursächliche Zusammenhang zwischen Europas wirtschaftlicher Stärke und seinem Sozialmodell hervorgehoben. Sozialpolitik wird als Teil des von der EU bereitgestellten politischen Rahmens zur Bewältigung von strukturellem Wandel und Eingrenzung unerwünschter sozialer Konsequenzen gesehen. Innerhalb dieses Rahmens liegt der Schwerpunkt der neuen sozialpolitischen Agenda der Kommission auf der Förderung von Qualität als treibender Kraft für eine aufstrebende Wirtschaft, mehr und bessere Arbeitsplätze und eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung.

Wie der Rat (Beschäftigung und Sozialpolitik) in seinen Schlussfolgerungen vom 29. November 2000 in Bezug auf diese Agenda ausführt, stellt die Qualitätsförderung in allen sozialpolitischen Bereichen – Ausbildung, Arbeit, Wirtschaftsbeziehung und Sozialpolitik ganz allgemein – einen wesentlichen Faktor für die Erreichung der Ziele dar, die sich die Europäische Union bezüglich Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung gesetzt hat. Um das europäische Sozialmodell zu stärken und zu modernisieren, sind bei der Festschreibung der Unionspolitik die Folgen, die sich aus der Interaktion von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt ergeben, zu berücksichtigen. Dies bildet die politische Grundlage für eine umfassende Strategie von sich gegenseitig verstärkenden wirtschaftlichen, beschäftigungs-

und sozialpolitischen Maßnahmen. Die in den Sozialberichten der Europäischen Kommission enthaltene Übersicht über die soziale Situation in den EU-Mitgliedstaaten ist ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung einer nachhaltigen und konkurrenzfähigen Arbeitsmarktpolitik.

Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Familie, die einen maßgeblichen Beitrag zur Gestaltung der sozialen Situation in Europa leistet. Sie beobachtet Familienformen und die Beziehungen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern. Das 20. Jahrhundert war geprägt vom Trend zur Individualisierung. Die Vielfalt an Sozialmodellen, Lebensstilen, Konsumverhalten und gesellschaftlichen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung ist größer geworden. Dies zeigt sich in der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensformen. So ist zum Beispiel in den meisten Mitgliedstaaten die Zahl der Lebensgemeinschaften (nicht-eheleiche Partnerschaften) stark gestiegen: Acht Prozent aller Paare in Europa leben in einer derartigen Verbindung.

Die Mitgliedstaaten versuchen, im Rahmen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Systeme die ständigen Veränderungen in Europa zu bewältigen. Sie spielen bei der Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und in der Bekämpfung der Gefahr der Ausgrenzung eine wesentliche Rolle. Jetzt stehen sie jedoch vor einer Reihe großer gemeinsamer Herausforderungen wie zum Beispiel Anpassung an demographische Veränderungen und Anforderungen einer auf Wissen basierenden Gesellschaft. Demographische Trends werden sich auf die Struktur des Arbeitsmarkts und das Arbeitskräftepotenzial auswirken. Gleichzeitig werden

sie auch starken Druck auf die Pensionssysteme und die Gesundheitsversorgung ausüben. Die IT-Revolution stellt eine weitere Herausforderung für die Wohlfahrtssysteme dar. Sie werden für die volle Nutzung der von den neuen Technologien gebotenen Möglichkeiten und die Eliminierung der Risiken negativer Nebenwirkungen sorgen müssen.

Auf dem Weg zu nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum und zur Vollbeschäftigung wird die Sozialpolitik eine Schlüsselrolle spielen. Sie wird für einen wesentlich sorgsameren Umgang mit Humanressourcen sorgen und sicherstellen müssen, dass diese zu einem strategischen, produktiven Faktor werden. Die derzeitigen Ungleichheiten in Bezug auf Einkommensverteilung, Bildung und Gesundheit sind eine große Herausforderung. Insbesondere jenen Menschen, die den weniger begünstigten Gruppen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter angehören, muss die volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Deshalb sollte Sozialpolitik nicht bloß als Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft gesehen, sondern auch ihre Rolle als produktiver Faktor anerkannt werden.

Sozialpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Kostenwirksamkeit unter Beweis stellen kann. Dies zeigt, wie notwendig es ist, soziale Trends zu beobachten und ihre Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft besser zu verstehen, um Maßnahmen möglichst effizient kombinieren zu können. Die im *Family Observer* veröffentlichten Artikel verstehen sich als Hilfestellungen für die Entwicklung einer solchen Politik.

Gabrielle Clotuche
Direktorin für Sozialpolitik,
GD Beschäftigung und soziale
Angelegenheiten, Europäische
Kommission



Fertilität ist eine zentrale Frage der Demographie. Das Seminar 2000 der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten beschäftigte sich damit aus familienwissenschaftlicher Sicht. In allen Referaten wurde sehr deutlich, dass die soziale Einbettung der Familie in die Gesellschaft entscheidend ist.

Sie wollen auch weiterhin über Familie, demographische Entwicklungen und soziale Sicherheit informiert werden?

Sie halten die dritte Ausgabe des *Family Observer* in Händen, der von der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten herausgegeben wird. Wir versuchen, Sie auch in dieser Ausgabe über neue Entwicklungen in Europas Familien zu informieren. Dabei leben wir im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis, Disziplinen und Querschnittsmaterien, Anspruch und Realität. Und so bilden wir gleichzeitig auch die Lebensrealitäten der Menschen ab, die in einer Familie leben, denn auch sie stehen zwischen unterschiedlichen Rollenerwartungen und einander

Je eher man erwarten kann, neben der Familie berufstätig zu sein, je eher man mit einer stabilen Partnerschaft rechnet, umso bessere Wohnbedingungen die Paare vorfinden, desto eher werden sie sich für ein Kind entscheiden. Das zeigt sehr deutlich, dass die Familie nicht als isolierte private Einheit in der Gesellschaft gesehen werden kann, sondern dass das gesellschaftliche Umfeld maßgeblich für ihr Wohlbefinden ist.

Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten verfolgt mit den jährlichen Seminaren auch das Ziel, einer breiten Öffentlichkeit die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bekannt zu machen. So nahmen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Politik tätige Personen und Familienreferentinnen und -referenten am Seminar teil. Über Europa hinausweisende Aspekte wurden von Familienfachleuten aus Singapur und den USA eingebracht. Die Ergebnisse sind auch auf der Homepage der Beobachtungsstelle veröffent-

licht. Diese Homepage ist neu gestaltet. Sie beinhaltet allgemeine Informationen über die Beobachtungsstelle in ihren drei offiziellen Sprachen (Deutsch, Englisch und Französisch). Wichtige statistische Daten zur Familie, die länderweise aufbereitet sind, werden tabellarisch dargestellt.

Besonders verweisen möchte ich auf die Sammlung von Links zu Institutionen in den EU-Mitgliedstaaten, die sich mit Familienforschung beschäftigen. Die Homepage wird weiter ausgebaut und in Zukunft auch vermehrt Antworten auf Fragen geben, die immer wieder zum Themenbereich Familie gestellt werden. Sollten Sie Anregungen zur Homepage haben, dann schreiben oder mailen Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Interesse.

*Prof. Dr. Rudolf Richter
Präsident des ÖIF
Vorsitzender der Europäischen
Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten*

Inhalt

Generationen: Jugend als Übergang zur Vollautonomie	4
Familienpolitik: Neue Ansätze in der Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Vorschulkindern durch die öffentliche Hand	12
Fertilität: Wie entwickelt sich die europäische Familie?	20
Generationen- beziehung: Generationensolidarität oder Generationenambivalenz?	28
LoveTalks®: Ein bewährtes Modell der Sozialpädagogik für Europa	32
Familie & Beruf: Familienkompetenzen – innovative Wiedereinstiegshilfe	40

Dann schicken Sie eine E-Mail an:
famobs@oif.ac.at

Geben Sie bitte an, ob Sie den *Family Observer* in Deutsch, Englisch oder Französisch erhalten möchten.

Der *Family Observer* erscheint in Zukunft ausschließlich im Netz und wird elektronisch versendet!

Auf der Website der Beobachtungsstelle haben Sie Zugriff auf Forschungsergebnisse über Familie, demographische Entwicklungen und soziale Sicherheit:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/family/observatory/home.html

Sichern Sie sich Ihren Zugang zu familienrelevanten Themen!

Liebe Leserin, lieber Leser!

widersprechenden Bedürfnissen. Auf der einen Seite stehen z. B. die traurigen Augen von Kindern, die ohne das Zeitdiktat der Erwachsenen noch weiterspielen wollen, und auf der anderen Seite findet sich der berechtigte Wunsch, den Anschluss am Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Oder es stehen die Einsamkeit und Bedürftigkeit eines alten Menschen gegen die Tatsache, dass der übliche städtische Stau wenige Kilometer zu einer echten Besuchshürde macht.

Christine Prantauer, die Tiroler Künstlerin, die bereits die ersten beiden Ausgaben bebildert hat, hat sich diesmal etwas ganz Stilles und Feines ausgedacht. Sie stellt Menschen in familiären Kontexten in die Öffentlichkeit. Hat sie in den letzten beiden Ausgaben Kinderwelten und Frauentätigkeiten zum Thema gemacht, so zeigt sie diesmal, wie unsichtbar Familienmenschen in der Öffentlichkeit werden können. Ständig in Bewegung, verwischen sich ihre Spuren schnell.

Es ist offensichtlich, dass bei jedem Schritt hinaus in die Öffentlichkeit familiäre Bedürfnisse die Tendenz haben, weniger wahrnehmbar zu werden. Die im *Family Observer* diskutierten Themen sollen Ihnen die Möglichkeit geben, so manche Trends zu entdecken. Neuen Entwick-

lungen durch Fakten besser auf die Spur zu kommen, das wünschen wir uns und Ihnen. Viel Spaß bei dieser Fährtenuche wünscht

*Mag.^a Irene M. Kernthaler
Chefredakteurin*

PS: In Zukunft wird der *Family Observer* seine Spuren nicht auf Papier, sondern auf dem Datenhighway, sprich: im Internet, hinterlassen. Dies bedingt eine größere Umstrukturierung: Derzeit können wir nur eine(n) von zehn LeserInnen über Neuerungen und neue Ausgaben des *Family Observer* auf unserer Homepage per E-Mail informieren. Von den restlichen 90 Prozent ist uns die E-Mail-Adresse nicht bekannt. Wir wollen Sie jedoch als LeserIn nicht verlieren! Dazu brauchen wir Ihre Hilfe: Wenn Sie regelmäßig über die neuesten Entwicklungen und Trends im Bereich Familie, Demographie und soziale Sicherheit informiert werden wollen, dann schicken Sie eine E-Mail an: famobs@oif.ac.at.

Auf Wiedersehen im World Wide Web!

Jugend als Übergang zur Vollautonomie

Lebensphase

Kein Kind mehr, aber doch noch nicht ganz erwachsen – Jugendliche leben an der Nahtstelle zu zahlreichen Umbrüchen. Welcher Art sind diese Veränderungen, und was bedeuten sie für die Familie und die Gesellschaft?

Juan Antonio Fernández Cordon

Was die Jugend von anderen Lebensstadien so sehr unterscheidet, ist, dass sie die Brücke zwischen zwei grundlegenden Lebensphasen bildet, nämlich zwischen der Abhängigkeit des Kindes und der Unabhängigkeit des erwachsenen Menschen. Beide sind klar definiert, weisen aber fließende Grenzen auf. Die Jugend unterliegt weder einer eindeutigen demographischen Begrenzung noch einer strikten rechtlichen Definition: Sie kann nur als ein komplexes und in Entwicklung befindliches soziales Phänomen gesehen werden. Wie jede andere altersbezogene Klassifizierung stellt die Jugend ein Übergangsstadium dar. Und doch ist sie eine einzigartige und besondere Phase von unterschiedlicher Dauer, abhängig von historischen und sozialen Gegebenheiten. Die Jugend kann als

temporärer Grenzzustand gesehen werden, in dem sich einzelne Personen über einen längeren oder kürzeren Zeitraum befinden und dessen Dauer von der jeweiligen Gesellschaft bestimmt wird, in der die Jugendlichen leben (Levi & Schmitt 1996). Die Jugend ist durch einen doppelten Übergang gekennzeichnet: Einerseits von der Schule zum Arbeitsleben und andererseits von der Herkunftsfamilie zur selbst gegründeten Familie (Mauger 1995). Die Jugend endet mit der Integration in die Gesellschaft der Erwachsenen, das heißt, sobald jene wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit erreicht ist, die nicht nur die Anerkennung der Erwachsenenrechte, sondern auch die Fähigkeit zu deren Ausübung sichert. In einigen alten Kulturen, in denen die soziale Abgrenzung in erster Linie auf dem Alter beruhte, schufen Initiationsriten klare Trennlinien zwischen benachbarten Lebensstadien. Der Übertritt von einem Sta-

dium ins nächste entsprach dem Übertritt von einer Klasse in die nächste, ja, fast von einem Universum ins nächste. In jüngerer Vergangenheit beruhte der Übergang zum Erwachsensein auf zwei wesentlichen Regeln: Auf der Regel der Augenblicklichkeit – der Schritt von der Jugend zum Erwachsensein ging plötzlich vor sich – und auf der Regel der temporären Überlappung der drei wichtigsten Übergangsmomente: Ausziehen aus dem elterlichen Heim, Arbeitsaufnahme und Familiengründung (Sgritta 1999). In den modernen westlichen Gesellschaften haben sich die Dinge stark verändert. Der Übergang von der Jugend zum Erwachsensein erfolgt nun graduell, nicht unbedingt direkt und ist nicht mehr symbolisch an ein spezifisches Ereignis gekoppelt. Beruf, Studium und Auszug aus dem elterlichen Haushalt sind durch ein komplexes Muster wechselseitiger Abhängigkeiten verknüpft (Martínez & Ruiz-Castillo 1998).



Die Grenzen der Jugend als genau definiertes Alter verschwimmen zusehends. Die verbreitete Tendenz, über das schulpflichtige Alter hinaus zur Schule zu gehen, führt dazu, dass die Kindheit zunehmend später endet. Aber es ist noch viel schwieriger zu sagen, wann genau die Jugendzeit aufhört, denn sie reicht jetzt in solche Stadien wie Zusammenleben ohne Trauschein oder auch Partnerschaft ohne ständiges Zusammenleben hinein. Dies erschwert die Feststellung, wann genau eine neue Familie – im Unterschied zur elterlichen Familie – gegründet wird. Außerdem wird auf dem Arbeitsmarkt ein steigendes Maß an Flexibilität verlangt, insbesondere von neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also vor allem von Jugendlichen, von denen man erwartet, dass sie des Öfteren den Arbeitsplatz wechseln, bevor sie eine fixe Stellung erreichen – falls ihnen das überhaupt je gelingt.

In letzter Zeit durchgeführte Studien zeigen, dass in vielen Ländern der relative Lebensstandard von Jugendlichen im Sinken begriffen ist, wohingegen jener von alten Menschen steigt, und zwar derart, dass er letztendlich den durchschnittlichen Lebensstandard der aktiven Bevölkerung übertreffen wird. In vielen Mitgliedstaaten der EU war der Anstieg des Lebensstandards älterer Menschen in den letzten Jahren besonders ausgeprägt, und ihre zunehmende wirtschaftliche und wohnungsmäßige Unabhängigkeit steht in auffallendem Gegensatz zur Lage junger Menschen.

Die negativen Auswirkungen dieser Veränderungen zeigen sich auch in den Geburtenraten der südlichen Länder der Europäischen Union. Der Hauptgrund für die extrem niedrigen Geburtenraten in Spanien und Italien ist in der nachhaltig sinkenden Fertilität junger Frauen zwischen 20 und 30 – und insbesondere jener zwischen 25 und 29 – zu suchen. Das Problem des dritten Kindes, das einst als Schlüssel für den demographischen Aufschwung gesehen wurde, hat an Bedeutung verloren und wird durch die Tatsache verdrängt, dass junge Erwachsene nicht einmal ein erstes Kind haben.

Die beiden ausschlaggebenden Hauptfaktoren für den Übertritt ins Erwachsenenleben sind Unabhängigkeit beim Wohnen (eigene Wohnung außerhalb des elterlichen Haushalts) und Arbeitsaufnahme (als Möglichkeit zur Erreichung wirtschaftlicher Unabhängigkeit). Der Auszug aus der elterlichen Wohnung ist ein Schlüsselerlebnis im Leben jedes Menschen, denn ein Heim sein Eigen zu nennen ist eine entscheidende Voraus-

setzung für soziale Anerkennung. In unseren modernen Gesellschaften werden Menschen, die kein Zuhause haben, am untersten Ende der gesellschaftlichen Skala angesiedelt, und das Wort ‚obdachlos‘ ist zu einem Synonym für ‚sozial ausgegrenzt‘ geworden. Jedes Hindernis, das sich Jugendlichen auf dem Weg zur eigenen Wohnung stellt, ist ein Symptom für die Schwierigkeiten bei ihrer sozialen Integration und gleichzeitig einer der Gründe dafür. Eine eigene Wohnung bedeutet nicht unbedingt, dass ein Jugendlicher schon arbeiten muss, falls die Eltern oder die Partnerin beziehungsweise der Partner in der Lage sind, die benötigten Ressourcen beizustellen. Es ist aber auch richtig, dass Erwerbstätigkeit nicht unbedingt eine eigene Wohnung und die entsprechende Unabhängigkeit sicherstellt, falls die Einkünfte aus dieser Arbeit nicht ausreichen, um eine eigene Wohnung zu kaufen respektive zu mieten, oder falls eine instabile Arbeitsplatzsituation die finanziellen Möglichkeiten des Jugendlichen schwächt.

Die Wohnsituation junger Menschen

Die Generationen, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren jung waren, verließen die elterliche Wohnung zumeist früh. Sie wollten von ihren Familien unabhängig sein, die weniger tolerant waren als heutige Familien, während die damalige Gesellschaft mit ihren kulturevolutionären Bewegungen rund um Drogen, Sex, Musik und Politik lockte. Gleichzeitig gab es Arbeitsplätze im Überfluss, und der Konkurrenzkampf hatte keinen zentralen Stellenwert. Mittlerweile haben sich die Dinge geändert, und der Prozentsatz der Jugendlichen, die noch immer bei ihren Eltern leben (im Sinne eines umgekehrten Indikators für den Grad an wohnungsbezogener Unabhängigkeit) ist in sämtlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den Altersgruppen der 20- bis 24-Jährigen und 25- bis 29-Jährigen gestiegen (Abbildung 1 a). In der gesamten EU hat sich die Familie zu einer wesentlich demokratischeren Institution entwickelt; das heißt, dass das Wohnen bei den Eltern jungen Menschen heute genügend Freiraum lässt, wohingegen der Arbeitsmarkt für sie zunehmend schwieriger geworden ist.

Die Wohnsituation ist eng mit dem Alter verbunden. Fast alle unter 20-Jährigen bei-

derlei Geschlechts leben noch immer bei ihren Eltern. Hier gibt es faktisch keinen Unterschied zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Im Vergleich zu den anderen Altersgruppen ist die Differenz zwischen dem höchsten Prozentanteil in Italien (über 96 Prozent) und dem niedrigsten Prozentanteil in Großbritannien (über 91 Prozent) äußerst gering. Dieser Anteil ist auch im Verlauf der letzten Jahre stabil geblieben; seit 1986 hat sich hier kaum etwas geändert. In Ländern wie Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien fällt der Anteil derer, die danach noch im elterlichen Haushalt leben, stark ab. 1995 blieben nur 45 bis 63 Prozent der 20- bis 24-Jährigen bei ihren Eltern respektive 14 bis 20 Prozent der 25- bis 29-Jährigen. Frankreich und Großbritannien gehören offenbar zu jenen Ländern, wo die wenigsten jungen Menschen im Alter von 25 bis 29 Jahren bei ihren Eltern leben. Die Lage in den südlichen Ländern Europas ist völlig anders. Der Anteil der jungen Männer (20 bis 24 Jahre), die 1995 noch bei ihren Eltern lebten, war sowohl in Spanien (89 Prozent) als auch in Italien (87 Prozent) sehr hoch. Vor allem die Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen Südeuropäer unterscheidet sich stark vom Gros ihrer Altersgenossen im restlichen Europa: Sie weist einen hohen und steigenden Prozentsatz an abhängig wohnenden Menschen auf, der nach einem starken Anstieg 1987 (von 49 Prozent in Spanien und 39 Prozent in Italien) im Jahr 1995 in Spanien 59 Prozent und in Italien 56 Prozent erreichte.

Ein sehr ähnliches Muster, das aber einige Besonderheiten aufweist, ist bei jungen Frauen zu beobachten. In sämtlichen Altersstufen ist der Anteil der noch bei den Eltern lebenden weiblichen Jugendlichen niedriger als der entsprechende Anteil unter den jungen Männern. Relativ gesehen ist dieser Unterschied in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen größer. Von 1986 bis 1994 ist die Abhängigkeit bei den Männern in beiden Altersgruppen stärker gestiegen (Fernández Cordon 1997).

Laut einer Eurobarometer-Erhebung aus dem Jahr 1993 empfindet die Mehrzahl der Bevölkerung es als eine „ziemlich gute Sache“, dass Kinder länger im elterlichen Haushalt bleiben (das Ergebnis bezieht sich auf die damals zwölf Mitgliedstaaten der EU). Nur 20 Prozent hatten dazu eine negative Meinung. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten waren gering. Auffallend ist jedoch, dass der niedrigste Prozentsatz an positiver Meinung gerade in Spanien zu finden war (Eurostat 1997). Die Anteile waren bei den 40- bis 54-Jährigen (Elternge-

neration) und bei den 15- bis 24-Jährigen (Kinder) ähnlich gewichtet, wobei sich Letztere um eine Spur weniger begeistert zeigten als Erstere.

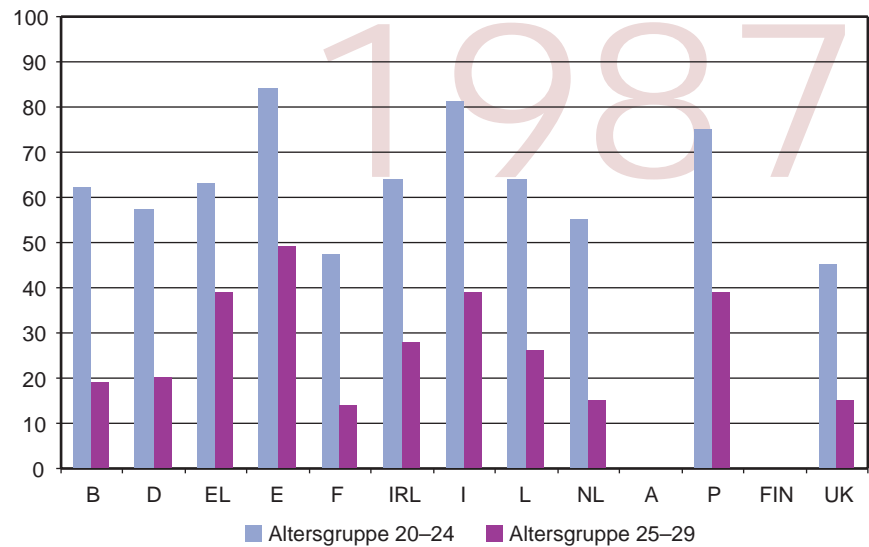
Abgesehen von den bereits kommentierten proportionalen Unterschieden bei den noch im elterlichen Haushalt wohnenden Jugendlichen, leben in den südlichen Ländern die jungen Menschen mit eigener Wohnung tendenziell öfter als Paare mit Kindern. Mehr als die Hälfte der Südeuropäerinnen mit eigener Wohnung sind Teil eines Paares mit Kindern (Tabelle 2). Nicht ganz so ausgeprägt trifft dies auch auf die Männer zu. Trotz dieser Tatsache ist infolge der geringen Anzahl von wohnungsmäßig unabhängigen jungen Menschen in südlichen Ländern der Prozentsatz jener, die ein eigenes Familienleben führen, sehr niedrig: 1994 lebten 14 Prozent der Männer und 30 Prozent der Frauen mit Partnerinnen beziehungsweise Partnern oder hatten Kinder, verglichen mit 35 Prozent respektive 55 Prozent in den etwas weiter nördlich gelegenen Mitgliedstaaten der EU. Diese Tatsache ist auch in Verbindung mit den niedrigen Fertilitätsraten im Süden Europas zu sehen.

Alleine leben ist für junge Leute in ganz EU-Europa unüblich: Weniger als zehn Prozent der 20- bis 24-Jährigen und zwölf Prozent der 25- bis 29-Jährigen lebten 1995 allein (Eurostat 1997). Dabei gibt es gewaltige Unterschiede zwischen den süd-, mittel- und nordeuropäischen Mitgliedstaaten (die Bandbreite bewegt sich zwischen einem Prozent in Spanien und 23 Prozent in Finnland).

Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein

Die Kindheit ist von wirtschaftlicher und wohnungsmäßiger Abhängigkeit gekennzeichnet, allein schon deshalb, weil Kinder von Gesetzes wegen bis zu einem gewissen Alter die Schule besuchen müssen und bis dahin nicht arbeiten dürfen. Dieses Alter variiert je nach Mitgliedstaat zwischen 14 und 16 Jahren. Kinder stehen also außerhalb des Arbeitsmarktes und sind fast ausnahmslos abhängig in Bezug auf ihre Wohnung, sie leben also bei den Eltern. Ein freiwilliger Schulbesuch, der über das Pflichtschulmaß hinausgeht und bis zum Abschluss eines Universitätsstudiums dauern kann, verlä-

1 a: Prozentsatz junger Menschen (Altersgruppe 20–24 und 25–29) in den EU-Mitgliedstaaten, die bei ihren Eltern leben (1987)



Quelle: Arbeitskräfteerhebungen (AKE), Eurostat

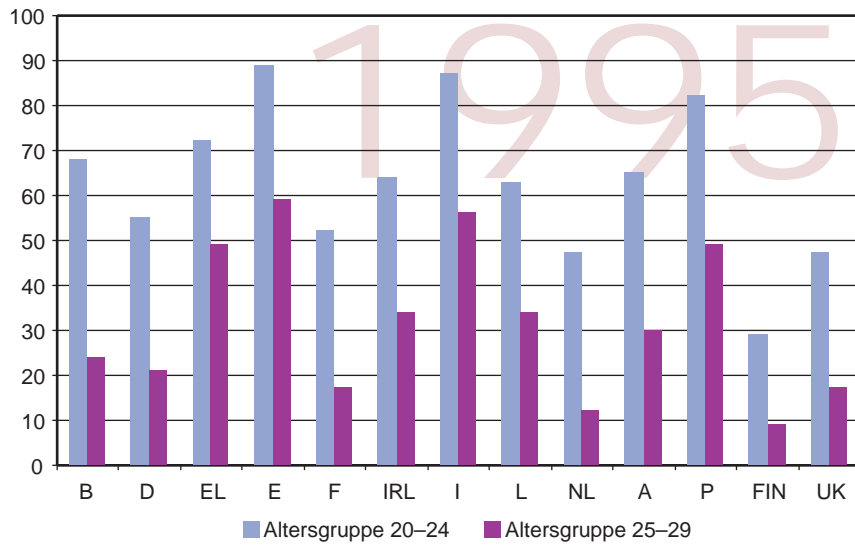
gert diese Abhängigkeitsperiode immer mehr. Im Gegensatz dazu ist das Erwachsensein von voller wirtschaftlicher und wohnungsmäßiger Unabhängigkeit gekennzeichnet. Der Übergang von einem in das andere Stadium wird nicht mehr unmittelbar vollzogen. Die Bildungszeiten sind länger geworden und werden von einer wachsenden Zahl der Bevölkerung genutzt (auch von Frauen und weniger begünstigten sozialen Schichten). Auf diese Art und Weise bleiben Teenager-Situationen über das Alter von 20 Jahren hinaus erhalten und haben das vormalige traditionelle Modell geändert, nämlich den frühen Eintritt ins Berufsleben für unqualifizierte Personen und die frühe Eheschließung für weniger gebildete Frauen. Zwischen dem Anfangsstadium der vollen Abhängigkeit (sowohl in wirtschaftlicher als auch wohnungsmäßiger Hinsicht) und dem Endstadium der vollen Autonomie (Unabhängigkeit in wirtschaftlicher und wohnungsmäßiger Hinsicht) finden sich nun überaus komplexe Übergangsstadien. Sie umfassen verschiedene Formen unvollständiger Unabhängigkeit je nach Wohn- und Arbeitssituation der Jugendlichen. Frauen stellen noch immer einen Sonderfall dar, da einige von ihnen unter stabilen Verhältnissen leben, bei denen sie zwar nicht erwerbstätig, dafür aber wohnungsmäßig unabhängig sind, weil sie mit einem Ehemann oder Partner in einem gemeinsamen Haushalt leben. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit in der Ehe oder Partnerschaft kann als eine Form

der Unabhängigkeit für Frauen angesehen werden – nämlich insofern, als sie eine sozial stabile Lage darstellt und diese Frauen nicht den Konkurrenzkampf um Arbeit und Wohnung aufnehmen müssen. In sämtlichen EU-Mitgliedstaaten ergreifen immer mehr Frauen mit Partner einen Beruf, doch eine signifikante Anzahl insbesondere älterer verheirateter Frauen in den südlichen Ländern ist noch immer wirtschaftlich von ihren Männern abhängig.

Der Übergang von absoluter Abhängigkeit zu absoluter Unabhängigkeit ist kein linearer Prozess. Einige Untersuchungen haben auf das bedeutende und wachsende Phänomen verwiesen, dass junge Menschen von einem fortgeschrittenen Stadium in ein früheres Stadium regredieren (zum Beispiel Rückkehr in den elterlichen Haushalt nach einer Zeit der beruflichen und wohnungsmäßigen Unabhängigkeit). Dies trägt zur Aufrechterhaltung von Übergangssituationen bei. Dass wohnungsmäßig unabhängige junge Menschen häufig zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hin- und herpendeln können, bedeutet, dass sie im langwierigen Prozess der Suche nach dem ‚richtigen Job‘ von der vollen Autonomie in ein Zwischenstadium zurückkehren.

Der unmittelbare Übertritt von vollständiger Abhängigkeit zu vollständiger Autonomie wird immer weniger häufig, und eine wachsende Zahl junger Menschen findet sich in

1 b: Prozentsatz junger Menschen (Altersgruppe 20–24 und 25–29) in den EU-Mitgliedstaaten, die bei ihren Eltern leben (1995)



Quelle: Arbeitskräfteerhebungen (AKE), Eurostat

Übergangssituationen wieder.¹ Ab einem bestimmten Alter nimmt die Bedeutung dieser Zwischenstadien ab, während der Anteil der vollautonomen Personen steigt. Dabei folgen Frauen wie Männer prinzipiell dem gleichen Muster. Betrachten wir hingegen den Status der Hausfrau als eine Form der Autonomie, so ist der Anteil der Frauen in Übergangssituationen geringer als jener der Männer.

Sowohl in den mittel- als auch den südeuropäischen Mitgliedstaaten zeichneten sich die letzten Jahre durch eine deutliche Tendenz in Richtung verzögerter Autonomie für Männer und Frauen aus. Es gibt jedoch auffallende Unterschiede zwischen diesen beiden Ländergruppen. Zurzeit ist der Anteil der gänzlich von ihren Eltern abhängigen Jugendlichen in den südlichen Ländern für alle Altersgruppen und sowohl für Männer als auch für Frauen höher, wohingegen der Anteil junger Menschen, die in Übergangssituationen leben, in den mitteleuropäischen EU-Ländern in jüngeren Altersgruppen höher und in späteren Altersstufen geringer ist. In Mitteleuropa verläuft die Altersverteilung in dieser Kategorie entlang einer Kurve, die den normalen Prozess des indirekten Übergangs von vollständiger Abhängigkeit

zu vollständiger Autonomie wiedergibt. In den jüngeren Altersgruppen wächst der Anteil junger Menschen in Übergangssituationen, sobald diese zu arbeiten beginnen, aber weiterhin bei den Eltern wohnen; ab einem gewissen Alter sinkt dieser Anteil, weil die Jugendlichen aus dem elterlichen Haushalt ausziehen. In den südeuropäischen Ländern ist der Anteil der unter 20-jährigen Erwerbstätigen wesentlich geringer. Dann steigt der Anteil der Erwerbstätigen, die weiterhin bei den Eltern wohnen, bleibt bis zum Alter von 27 hoch und beginnt danach leicht

zu sinken. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei jungen Frauen. Übergangssituationen sind Zwischenstadien auf dem Weg zur vollen Autonomie: Der höhere Anteil der nicht mehr ganz Jungen in dieser Gruppe in Südeuropa zeigt, dass es dort schwierig ist, diesen Prozess abzuschließen.

In beiden Gruppen von EU-Mitgliedstaaten fand der Abgang aus der vollen Abhängigkeit 1994 im Durchschnitt später statt als 1986. Frauen und Männer gingen dabei sehr ähnliche Wege: eine signifikante Verzögerung mit 20, ein progressives Absinken danach. Das Loslösen aus der Abhängigkeit hat sich von der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen auf die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen verlagert und in einem wesentlich geringeren Ausmaß auf die Gruppe der 25- bis 29-Jährigen.

In den mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU sank der Anteil der vollautonomen 30-Jährigen zwischen 1986 und 1994 leicht (von 76 auf 74 Prozent bei Männern und von 86 auf 84 Prozent bei Frauen inklusive Hausfrauen), in den südeuropäischen Ländern hingegen stark (von 60 auf 43 Prozent bei Männern und von 74 auf 56 Prozent bei Frauen). Das Erreichen der Unabhängigkeit im persönlichen Sinn oder – für Frauen – durch Eheschließung beziehungsweise Zusammenleben mit einem Partner findet bei Frauen immer noch zu einem früheren Zeitpunkt statt als bei Männern, obwohl die tendenziell vorhandene Verzögerung bei Frauen noch stärker ausgeprägt ist. Der Anteil der in Übergangssituationen befindlichen 30-Jährigen folgt einem

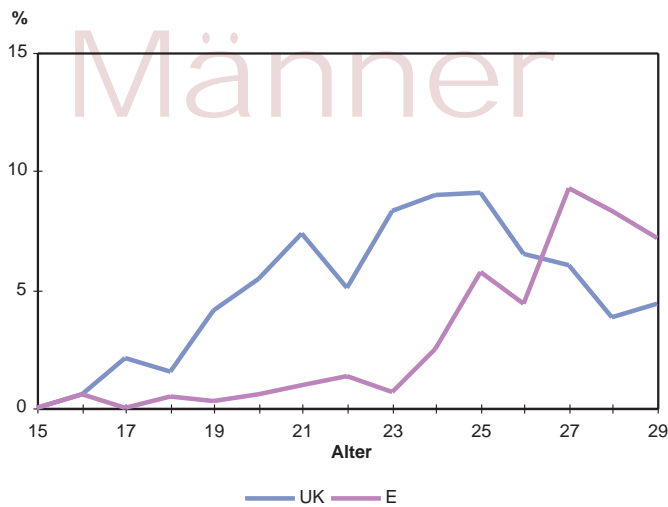
2: Familienstatus der 20- bis 29-Jährigen in zwei Gruppen von EU-Mitgliedstaaten (1994)

Familiensituation	Männer		Frauen	
	südliche Mitgliedstaaten	mitteleuropäische Mitgliedstaaten	südliche Mitgliedstaaten	mitteleuropäische Mitgliedstaaten
Leben bei den Eltern	78,0	41,1	62,7	25,1
Leben nicht bei den Eltern:				
ohne Partner/in	8,2	23,4	7,7	20,0
Paar ohne Kinder	4,9	17,4	8,2	21,1
Paar mit Kindern	8,7	17,9	20,8	27,9
Alleinerzieher/in	0,2	0,2	0,6	5,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Arbeitskräfteerhebungen (AKE), in Fernández Cordón (1997)
 Südliche Mitgliedstaaten: Griechenland, Italien, Spanien
 Mitteleuropäische Mitgliedstaaten: Frankreich, Deutschland, Großbritannien

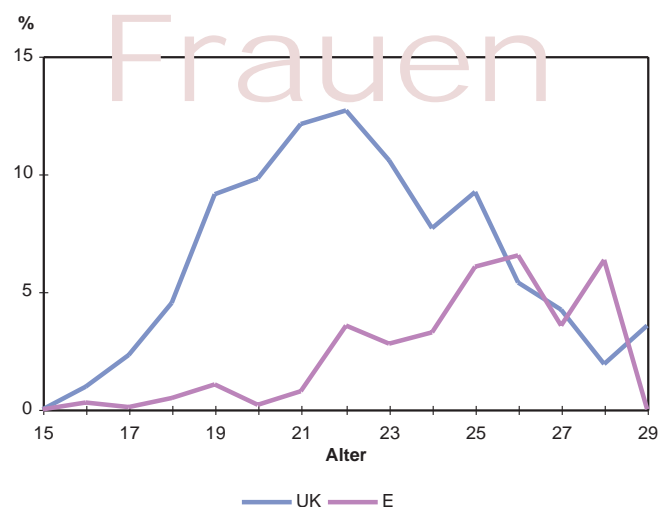
¹ Entweder steigen sie ins Berufsleben ein, während sie noch bei den Eltern wohnen, oder sie leben nicht mehr bei den Eltern, sind aber nicht erwerbstätig.

3 a: Eintritt in die volle Autonomie
Männer in % pro Jahr



Quelle: Daten für 1993–1994, Arbeitskräfteerhebung (Eurostat)

3 b: Eintritt in die volle Autonomie
Frauen in % pro Jahr



Quelle: Daten für 1993–1994, Arbeitskräfteerhebung (Eurostat)

umgekehrten Trend: Er steigt in Mitteleuropa leicht (von 23 auf 25 Prozent bei Männern, von 13 auf 15 Prozent bei Frauen) und in den südlichen Ländern auffallend stark an (von 37 auf 48 Prozent bei Männern, von 21 auf 35 Prozent bei Frauen).

Die zweifellos bemerkenswerteste Entwicklung in der Gruppe der Frauen ist, dass zwischen 1986 und 1994 in allen Altersstufen und in beiden Ländergruppen ein starker Rückgang des Hausfrauenstatus zu verzeichnen ist. In Mitteleuropa waren 1986 32 Prozent der Frauen im Alter von 30 Jahren Hausfrauen, 1994 waren es nur mehr 23 Prozent. In den südeuropäischen Ländern waren es 1986 40 Prozent und 1994 27 Prozent. In diesem Fall hat sich der Abstand zwischen den beiden Ländergruppen deutlich verringert. Bei abnehmendem Anteil der Hausfrauen ist der Anteil der persönlich völlig autonomen Frauen in Mitteleuropa gestiegen, wodurch diese beiden Formen der weiblichen Autonomie prozentuell fast gleichwertig vertreten sind. Dies gilt nicht für die südeuropäischen Länder, wo der Anteil der persönlich völlig autonomen Frauen ebenfalls gesunken ist. Infolgedessen war 1994 nur etwas mehr als die Hälfte aller 30-jährigen Frauen vollautonom (persönlich oder durch Eheschließung) verglichen mit 84 Prozent in den mitteleuropäischen EU-Ländern.

In den südlichen Mitgliedstaaten der EU waren nahezu zehn Prozent der 30-jährigen Männer 1994 noch immer komplett abhängig; fast die Hälfte der 30-Jährigen befand sich in einem Zwischenstadium und war nicht in der Lage, die volle Autonomie zu

erreichen. In einer solchen Übergangssituation finden wir vor allem Menschen, die erwerbstätig oder arbeitslos sind, aber noch immer bei den Eltern wohnen.²

In dieser Hinsicht sind Spanien und Großbritannien Beispiele für zwei äußerst unterschiedliche Länder, die jeweils für eine Ländergruppe mit ähnlichem Verhalten stehen. Die altersmäßige Verteilung des Abgangs aus der vollen Abhängigkeit ist sehr unterschiedlich: In Großbritannien konzentriert sich diese Phase auf die frühen Jahre mit einem Spitzenwert bei den 16-Jährigen, gefolgt von stetig sinkenden Werten bis nahezu null für die 22-Jährigen. In Spanien verläuft diese Kurve gänzlich anders. Auch in Spanien wird im Alter von 16 Jahren ein Spitzenwert erreicht. Er entspricht dem Abgang aus der vollständigen Abhängigkeit jener Jugendlichen, die nach Abschluss der Schulpflicht sofort in den Arbeitsmarkt eintreten. Die meisten von ihnen wohnen weiterhin bei den Eltern. Danach kommt es zu einem erneuten Anstieg ab 18 Jahren, mit einem Spitzenwert für die 20-Jährigen. Dabei handelt es sich meist um Jugendliche, die nach der Oberstufe das Bildungssystem verlassen. Die festgestellten Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, dass in Großbritannien – wie im Rest der mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU – Jugendliche, die noch bei den Eltern leben, zu einem wesentlich höheren Prozentsatz erwerbstätig sind als ihre Altersgenossinnen

² Mit zunehmendem Alter sind auch immer mehr Situationen einer umgekehrten Abhängigkeit zu finden (Eltern sind abhängig von ihren Kindern).

und -genossen in Spanien und ganz allgemein in den südlichen Mitgliedstaaten.

Britische Frauen und Männer zeigen sehr ähnliche Verlaufsmuster, wohingegen sich jene der Spanierinnen und Spanier stark unterscheiden. Der Totalabgang der jungen Frauen aus der vollen Abhängigkeit ist in Spanien höher als jener der Männer, und die Altersverteilungskurve weist auch keine Spitzenwerte auf: Sie zeigt zwischen 15 und 25 einen flachen Verlauf und fällt danach steil ab. In den südlichen Mitgliedstaaten waren die Unterschiede zwischen der Lage der Frauen und jener der Männer immer schon ausgeprägter als im restlichen Europa. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Arbeits- und Lebensbedingungen nehmen tendenziell in der gesamten EU ab, doch werden die Veränderungen in den Lebensumständen von Frauen durch jeweils neue Generationen eingeführt, und es dauert einige Zeit, bis sie allgemein verbreitet sind. Außerdem greifen sie im Süden Europas zumeist auch später Platz. Ein Blick auf den Eintritt in das Stadium der vollen Autonomie zeigt, dass die Unterschiede zwischen Spanien und Großbritannien hier noch wesentlich größer sind als jene beim Abgang aus der vollständigen Abhängigkeit. Dies zeigt die starke Verzögerung beim Erreichen der Vollautonomie und die längere Dauer von Zwischenstadien bei Jugendlichen in Spanien und generell in südeuropäischen Ländern. In Großbritannien erreichen die meisten jungen Männer ihre volle Autonomie im Alter von 20 bis 25 Jahren, wohingegen die Spanier dieses Stadium erst wesentlich später und weniger häufig erreichen.

Bei den Frauen ist der Unterschied noch stärker ausgeprägt: In Großbritannien liegen die Spitzenwerte für den Eintritt in die volle Autonomie bei 21 Jahren, in Spanien hingegen erst bei 26 Jahren, bei gleichzeitig wesentlich niedrigerem Niveau (Abbildungen 3 a und 3 b).

Bei den Unterschieden zwischen den beiden Gruppen von EU-Mitgliedstaaten lassen sich zwei Komponenten ausmachen. Die erste betrifft die jüngste Altersgruppe (15 bis 19), die zweite die älteste Altersgruppe (25 bis 29). Sehr junge Menschen (unter 20) leben in beiden Ländergruppen fast immer

Entscheidung spielt, das Elternhaus zu verlassen. Der Anteil der nicht mehr bei den Eltern lebenden knapp unter 30-Jährigen variiert stark und spiegelt ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt wider: Er ist bei inaktiven jungen Erwachsenen – zumeist Studierende – sehr niedrig und bei aktiven Personen (egal ob beschäftigt oder arbeitslos) höher. Jüngste Veränderungen im Beschäftigungsstand von Jugendlichen haben ihr Wohnverhalten entscheidend beeinflusst.

Der Anteil der inaktiven Männer in der Altersgruppe 20 bis 29 Jahre ist in allen Ländern gestiegen, etwas mehr in den südli-

In den südlichen Ländern sind die Arbeitslosenraten, insbesondere für Jugendliche, wesentlich höher. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hier viel ausgeprägter als in der restlichen EU. In Mitteleuropa lebt die Mehrheit der Arbeitslosen in einer eigenen Wohnung (70 Prozent der Frauen und über 50 Prozent der Männer), während in den südlichen Ländern das Gegenteil der Fall ist: 84 Prozent der arbeitslosen jungen Männer und fast 70 Prozent der arbeitslosen jungen Frauen leben bei ihren Eltern. Die von der Familie übernommene Rolle im Umgang mit den sehr hohen Arbeitslosenraten in Südeuropa tritt hier deutlich zu Tage. Sie erklärt auch, warum derart hohe Arbeitslosigkeit auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt und keine größere Krise auslöst. Insbesondere was weibliche Jugendliche betrifft, reagiert die Wirtschaft in sämtlichen Mitgliedstaaten äußerst sensibel auf Konjunkturschwankungen, und die Unterschiede zwischen mittel- und südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten wachsen ständig.

Das Bild, das sich hier abzeichnet, verweist auf zwei wesentliche, eng miteinander verknüpfte europaweite Entwicklungen: Jugendliche sind mit sinkender Beschäftigung und wachsender Abhängigkeit im Wohnbereich konfrontiert. Die jüngsten Trends resultieren in einer zunehmend inaktiven jungen Bevölkerung – die mehrheitlich bei den Eltern lebt – und in sinkenden Beschäftigungszahlen. In den südlichen Ländern kommt noch hinzu, dass der Anteil erwerbstätiger Jugendlicher ohne eigene Wohnung (vor allem in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen) stark steigt. Fielen sie schon 1986 weit hinter ihre Nachbarländer zurück (niedrigere Beschäftigungsquoten, größere wohnungsmäßige Abhängigkeit), so ist es den südlichen Ländern nicht nur nicht gelungen, das bestehende Ungleichgewicht zu mildern: Sie haben es sogar noch verstärkt. Das Wesentliche an den festgestellten Trends lässt sich am besten durch die Prozentanteile arbeitender und nicht arbeitender junger Menschen ohne eigene Wohnung darstellen (Abbildungen 4 a beziehungsweise 4 b).

Um die Ähnlichkeiten zwischen den drei südlichen EU-Mitgliedstaaten zu erklären, ist ein Blick auf die ihnen gemeinsamen Faktoren hilfreich. Selbstverständlich sind sie in kultureller Hinsicht eng miteinander verbunden, insbesondere in Bezug auf die Rolle der Familie und ihre Bedeutung in der Gesellschaft. Dies erklärt wahrscheinlich auch, warum die wohnungsmäßige Abhängigkeit von den Eltern in diesen Gebieten so verbreitet ist und es hier zu dieser eindeutigen Abgrenzung von den nördlicher gelegenen

„Zwischen 1986 und 1994 ging in allen Alterstufen der Anteil der Hausfrauen stark zurück“

bei ihren Eltern. Sie sind in Mitteleuropa in einem größeren Ausmaß erwerbstätig, wodurch sie den Zustand der vollständigen Abhängigkeit vermeiden. Dieses Faktum hat wohl nichts mit Unterschieden im Familienstatus zu tun, sondern eher mit dem Ausmaß der Erwerbsbeteiligung. Die zweite Komponente besteht darin, dass in Südeuropa junge erwerbstätige Menschen zunehmend dazu neigen, auch im Alter von 25 Jahren und danach im Elternhaus zu bleiben. Dies ist das signifikanteste Element und zeigt eine enge Verbindung zwischen der Wohnsituation und dem Status der Erwerbstätigkeit auf.

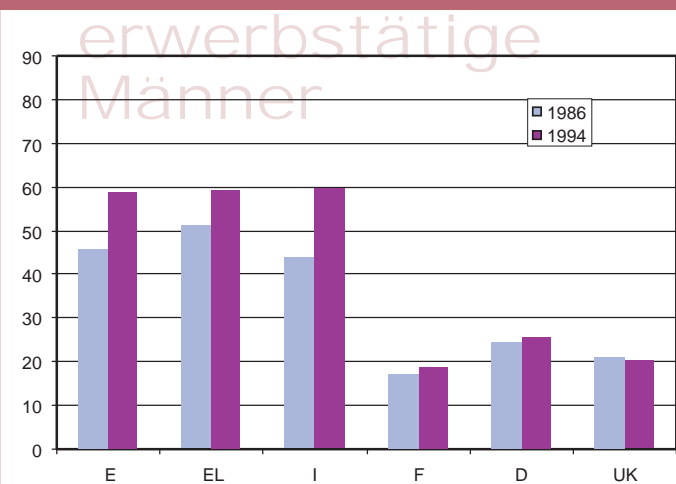
Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit

Bis zum Alter von 20 Jahren hängt die wohnungsmäßige Unabhängigkeit nicht von einer Beschäftigung ab. Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen aktiven und inaktiven Jugendlichen machen sich erst ab dem 24. Lebensjahr bemerkbar. Danach treten sie immer deutlicher hervor, und zwar in einer Art und Weise, die zeigt, welche Rolle der Status der ‚Erwerbstätigkeit‘ bei der

chen Ländern als in den mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Dies ist eine Folge des längeren Verbleibs im Schulsystem, der in gewisser Weise auch als Ersatz für nicht vorhandene Arbeitsplätze dient. In den südlichen Ländern sind nur wenige inaktive Jugendliche wohnungsmäßig von den Eltern unabhängig (weniger als zehn Prozent), wohingegen in Mitteleuropa nahezu die Hälfte von ihnen eine eigene Wohnung hat (in Großbritannien sogar fast zwei Drittel). Die Lebensbedingungen dieser inaktiven Jugendlichen zeigen deutlich die kulturellen Eigenheiten jedes EU-Mitgliedstaates. Aber auch die Unterschiede bei den familiären Ressourcen sind zu berücksichtigen, denn sie entscheiden mit, ob Eltern die wohnungsmäßige Unabhängigkeit ihrer erwachsenen Kinder finanzieren können oder nicht.

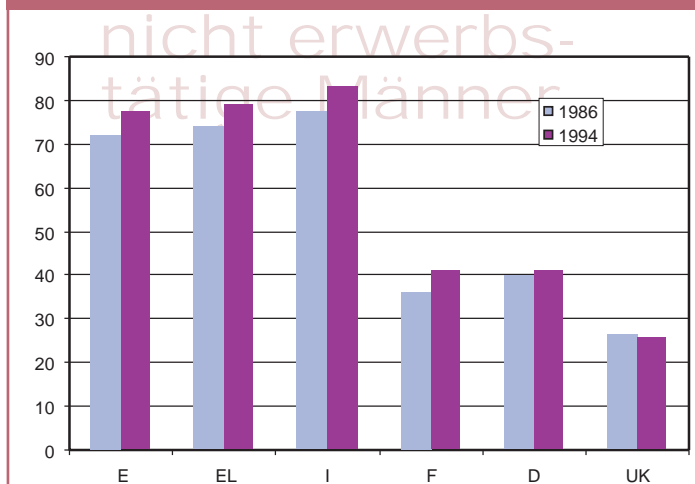
1986 war der Anteil der inaktiven Frauen (ausgenommen Hausfrauen) höher als jener der inaktiven Männer. Er ist noch gestiegen, was teilweise darauf zurückzuführen sein mag, dass Frauen einen längeren Bildungsweg einschlagen, und teilweise darauf, dass die Nichterwerbstätigkeit von der Gesellschaft bei Frauen eher akzeptiert wird als bei Männern. Unter den inaktiven Frauen (ausgenommen Hausfrauen) ist auch der Anteil wohnungsmäßig unabhängiger Frauen äußerst gering.

4 a: Prozentsatz erwerbstätiger Männer im Alter von 25–29, die noch bei ihren Eltern wohnen



Quelle: Daten aus den Arbeitskräfteerhebungen (AKE), Eurostat

4 b: Prozentsatz nicht erwerbstätiger Männer im Alter von 25–29, die noch bei ihren Eltern wohnen



Quelle: Daten aus den Arbeitskräfteerhebungen (AKE), Eurostat

Staaten kommt. Zwei weitere Faktoren liefern hingegen eine völlig andere Erklärung. Der erste Faktor ist, dass seit 1986 der Prozentsatz der Jugendlichen, die einer Beschäftigung nachgehen und weiter bei den Eltern leben, in den südlichen Ländern gestiegen ist, in den mitteleuropäischen Ländern hingegen nicht. Kulturell interpretiert würde dies einen Schritt zu traditionellerem Verhalten im Süden bedeuten. Es ist jedoch so gut wie sicher, dass sich die kulturellen Unterschiede zwischen den EU-Staaten verringert haben – was auch durch eine Reihe von Eurobarometer-Erhebungen belegt ist. Der zweite Faktor ist, dass sich der Anteil der nicht arbeitenden (das heißt arbeitslosen oder inaktiven) jungen Menschen ohne eigene Wohnung nicht geändert hat. Die steigende Arbeitsplatzunsicherheit betrifft nämlich nur die Beschäftigten: Die Arbeitslosen haben schon immer in einem Zustand höchster Unsicherheit gelebt. Demnach könnte die wachsende Arbeitsplatzunsicherheit eine bedeutende Rolle beim verzögerten Eintritt in die Vollautonomie spielen. Die generelle Wohnsituation eines Landes mag ebenfalls einen gewissen Einfluss haben, auch wenn hier das Problem nicht so sehr der Mangel an Wohnmöglichkeiten ist, sondern es vielmehr an den Mitteln krankt, die jungen Menschen mit kleinen Einkommen und prekären Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen. Unumstritten ist, dass – im Gegensatz zu früher – ein Arbeitsplatz noch lange keine Garantie für volle Unabhängigkeit ist. Die Familie spielt eine wesentliche Rolle dabei, dass jene neuen Arten von prekären und unterbezahlten Jobs, die angeblich für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit notwendig sind, auch gesellschaftlich akzeptiert werden. ‚Materielle‘ Gründe (wenige und prekäre

Arbeitsplätze, unerschwingliche Wohnungen) sowie psychologische respektive ‚gesellschaftliche‘ Gründe (unterschiedliche ‚Präferenzen‘ der jungen Menschen, unterschiedliche Vorstellungen von Familie) sind für die Analyse der Situation von Jugendlichen unerheblich. Sie sind zwar stichhaltig, jedoch nicht auf der gleichen Ebene. Die Art von Familie, die es in den südlichen Ländern gibt, kann die Schwierigkeiten junger Menschen bei der Suche nach einer geeigneten Arbeit und Wohnung absorbieren. Es mag sogar stimmen, dass die ‚Nestwärme‘ innerhalb der Familie junge Menschen davon abhält, sich den wechselnden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt anzupassen und ihre Wohnpräferenzen zu ändern. So gesehen ist die von der Familie gespielte Rolle vielleicht ein Teil, aber keineswegs der Auslöser des Problems. Die südlichen Mitgliedstaaten der EU sind mit einer speziellen Situation konfrontiert, weil die Eltern der Jugendlichen dort vermutlich einer Generation mit ausgeprägteren Familienwerten angehören. Auch hier macht es nur Sinn, die Dinge zukunftsorientiert zu hinterfragen. Da sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nunmehr zum Besseren wendet (was teilweise schon geschehen ist und hoffentlich weitergehen wird), werden Jugendliche leichter Arbeit finden und so ihre Meinung zur Arbeitsplatzstabilität ändern (selbst wenn dies nicht mehr bedeutet, dass sie denselben Job für immer behalten werden). Werden sie auch dann noch so lange bei ihren Eltern leben wie heute? Oder ist es wahrscheinlicher, dass sie sich genauso verhalten werden wie ihre Altersgenossinnen und -genossen im Rest Europas? Es fällt schwer zu glauben, dass die bedeutenden Unterschiede, die nun zwischen den südli-

chen Ländern und dem Rest Europas bestehen, Bestand haben werden. Die Einstellungen und Meinungen von Jugendlichen sind in allen EU-Mitgliedstaaten sehr ähnlich. Dazu gehören auch einige scheinbar traditionelle Haltungen wie etwa die der Familie zugeschriebene Bedeutung oder der nach wie vor bestehende Kinderwunsch. Auf diese Fragen gibt es keine leichten Antworten; doch wenn man genauer hinhört, was die in Italien und Spanien befragten Jugendlichen sagen, erweckt dies keineswegs den Eindruck, dass sie die derzeitige Situation als ‚neue Normalität‘ akzeptieren (Fernández Cordon & Sgritta 2000).

Schlussfolgerung

Mitte der Achtzigerjahre verschlechterte sich die Lage für junge Menschen in den südlichen Mitgliedstaaten der EU in vielerlei Hinsicht, insbesondere konnten sie eine volle soziale Integration als verantwortliche und unabhängige Erwachsene nicht erreichen. In mehr als der Hälfte dieser Mitgliedstaaten haben 30-Jährige nicht die volle Autonomie erlangt, die mit einem stabilen Arbeitsplatz und einer eigenen Wohnung einhergeht. Sehr wenige arbeitslose Jugendliche leben in einer eigenen Wohnung, aber es gibt auch mehr wohnungsmäßig abhängige junge Beschäftigte als in der Vergangenheit. Diese Trends unterscheiden sich merklich von den Entwicklungen in anderen EU-Staaten wie etwa Frankreich, Deutschland und Großbritannien. In den südlichen

5: Bevölkerungsprognose für die Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen EU (15) und ausgewählte Mitgliedstaaten (2000–2020)

EU-Mitgliedstaaten	Bevölkerung der 20- bis 29-Jährigen				Prozentuelle Veränderung 2000–2020	
	2000		2020		20–29	Gesamtbevölkerung
	Anzahl*	% der Gesamtzahl	Anzahl*	% der Gesamtzahl		
EU 15	50.961	13,5	43.889	11,5	-13,9	1,3
Spanien	6.488	16,4	3.922	10,0	-39,5	-0,3
Italien	8.207	14,3	5.842	10,4	-28,8	-2,6
Großbritannien	7.652	12,9	7.815	12,6	2,1	4,5
Deutschland	9.612	11,7	8.818	11,2	-8,3	-4,5
Frankreich	8.093	13,6	7.780	12,3	-3,9	6,8

Quelle: Eurostat (1999) * = in 1000

Mitgliedstaaten der EU sollte die Ursache für das Problem nicht so sehr in gemeinsamen kulturellen Werten, sondern vielmehr in ähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der jüngsten Vergangenheit gesucht werden.

Die Verzögerung beim Erreichen der vollen Autonomie kann nicht als ein einfaches Aufschieben der sozialen Integration ausgelegt werden. Was früher einmal ein klar umgrenzter Ritus als Zeichen für den Übertritt von einem festgelegten Lebensstadium ins nächste war, hat sich nun zu einem Wettbewerbsprozess gewandelt, dem sich junge Menschen stellen müssen, um an die mit dem Erwachsensein verbundenen gesellschaftlichen Vorteile und Leistungen heranzukommen – und hier vor allem an das höchstbewertete Gut, nämlich an einen Arbeitsplatz. Die Jugend endet erst, wenn sämtliche Hindernisse überwunden sind. Bis dahin steht soziale Ausgrenzung als ständige Bedrohung im Raum.

Die derzeitige Situation weist ein tief greifendes Ungleichgewicht zwischen den Altersgruppen auf, da die Jugendlichen den Löwenanteil der durch strukturelle Veränderungen und wirtschaftliche Einbrüche hervorgerufenen Belastungen tragen müssen,

wohingegen ältere Bevölkerungsgruppen die Vorzüge des Sozialstaates genießen, von denen die jetzt Jungen im späteren Leben vielleicht nicht mehr so viel haben werden. Mittelfristige Prognosen sprechen von möglichen offenen Auseinandersetzungen, die sich radikal von den herkömmlichen Formen des Generationenkonflikts unterscheiden werden. In jedem Fall sind die Schwierigkeiten junger Menschen bei der Integration in die Erwachsenenwelt zu einem großen Problem geworden, denn sie gefährden den Generationenvertrag, der den sozialen Zusammenhalt sichert und die eigentliche Basis für soziale Kontinuität darstellt: die Möglichkeit für die Bevölkerungen zur Fortpflanzung.

Langfristig gesehen wird sich die Situation aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsstruktur stark ändern. Laut Eurostat ist in der gesamten EU innerhalb der nächsten 20 Jahre mit einem Sinken des Anteils von Jugendlichen an der Bevölkerung zu rechnen (Tabelle 5). Die EU-Bevölkerung der 20- bis 29-Jährigen wird von 50,9 Millionen im Jahr 2000 auf 43,9 Millionen im Jahr 2020 schrumpfen. Dies entspricht einer Verminderung um 13,9 Prozent im Vergleich zu einem Anwachsen der Gesamtbevölkerung im Aus-

maß von 1,3 Prozent während desselben Zeitraumes. Für die südlichen Länder weist diese Prognose ein dramatisches Absinken der jungen Bevölkerung auf (minus 40 Prozent in Spanien, minus 29 Prozent in Italien), wodurch der Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung von dem derzeit hohen Wert auf einen Stand abfallen wird, der 2020 unter dem EU-Durchschnitt liegen wird (Eurostat 1999). Diese Situation ergibt sich aus der Bevölkerungsalterung und noch spezifischer aus dem anhaltend niedrigen Fertilitätsniveau. Vom Standpunkt des allgemeinen Gleichgewichts im Sozialsystem ist diese Entwicklung wahrscheinlich negativ. Aber sie sollte auch einige positive Auswirkungen auf die Lage junger Menschen haben. Sie werden nämlich auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt einem weniger starken Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein. In der Folge sind steigende Fertilitätsraten zu erwarten, die wiederum dazu beitragen werden, die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Altersgruppen einer Bevölkerung zu korrigieren. Die derzeitige missliche Lage der jungen Menschen wird vielleicht nur wenige Generationen treffen. Es sind dies leider auch jene Generationen, die mit einem geschwächten Pensionssystem zurande kommen müssen, wenn sie älter sind und in den Ruhestand treten. Ihr Los verlangt nach raschem politischem Handeln.

Literatur

- Eurostat: The Situation of the Young in the European Union. Luxemburg 1997.
 Eurostat: Statistiques Démographiques. Données 1965–1999. Luxemburg 1999.
 Fernández Cordón, J. A.: Youth Residential Independence and Autonomy: A Comparative Study. In: Journal of Family Issues 18 (1997), S. 576–607.
 Fernández Cordón, J. A./Sgritta, G.: The Southern Paradox: Facts and Artefacts. Sevilla 2000. (Beitrag zum Seminar 2000 der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten, 15. bis 16. September).
 García Blanco, J. M./Gutierrez, R.: Inserción laboral de jóvenes: entrada al mercado de trabajo y movilidad inicial. In: Revista Asturiana de Economía 2 (1995).
 Levi, G./Schmitt, J.-C.: Histoire des Jeunes en Occident. Paris 1996. (Seuil)
 Martínez, M./Ruiz-Castillo, J.: The Decisions of Spanish Youth: A Cross-Section Study. Amsterdam 1998. (Beitrag zur zwölften Jahreskonferenz der European Society for Population Economics [erscheint 2001 im Journal of Population Economics])
 Mauger, G.: Jeunesse, l'Age des Classements. In: Recherches et Prévisions 40 (1995).
 Sgritta, G.: Too Late, Too Slow. The Difficult Process of Becoming an Adult in Italy. (Beitrag zur Konferenz der Jacobs Foundation „The Transition to Adulthood: Explaining National Differences“ (28. bis 30. Oktober 1999))



Juan Antonio Fernández Cordón
Nationaler Experte

Instituto de Economía y Geografía (CSIC)
 Calle Pinar 25
 E-28006 Madrid
 Spanien
 Tel.: +34-91-411 23 57
 Fax: +34-91-562 55 67
 E-Mail: jafc@ieg.csic.es

Neue Ansätze in der Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Vorschulkindern durch die öffentliche Hand

Kleinkindbetreuung

In zahlreichen europäischen Ländern wird über die Neuregelung der staatlichen Unterstützung in der Teilzeitbetreuung von Vorschulkindern diskutiert. Das vom Österreichischen Institut für Familienforschung entwickelte Konzept des Kinderbetreuungsschecks liefert zeitgemäße Antworten auf bestehende Defizite und neue Herausforderungen.

Prof. Dr. Helmuth Schattovits

Die Organisation und Finanzierung der (Teilzeit-)Betreuung von Kindern im Vorschulalter stellt heute für viele junge Eltern eine große Herausforderung dar. Insbesondere Vereinbarkeitsprobleme der Betreuungstätigkeit mit individuellen Lebensentwürfen (zum Beispiel Erwerbstätigkeit beider Eltern) und die gerechtigkeitspolitische Frage der ökonomischen Bewertung von Betreuungs- und Erziehungsleistungen haben das Thema der Teilzeitbetreuung von Vorschulkindern wieder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Diskussion gerückt. Dazu kommt, dass in vielen europäischen

Ländern die öffentliche Hand aufgrund budgetpolitisch notwendiger Sparmaßnahmen um die effiziente Verteilung mit den für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht sein muss.

Zahlreiche Initiativen zur Neuregelung

Die Aktualität dieser Thematik in zahlreichen europäischen Ländern lässt sich auch an unterschiedlichen Initiativen zur Neuregelung dieser Materie ablesen:

- So wurde in Norwegen eine Geldunterstützung (*cash support*) für Eltern eingeführt, deren Kinder keine externe Betreu-

ung in Anspruch nehmen. Dies wurde mit gerechtigkeitspolitischen Motiven (Gleichheitsgrundsatz) begründet.

- In Deutschland wird – über Parteigrenzen hinweg – ein Erziehungsgehalt diskutiert. Dahinter steht das Ziel der gleichwertigen Anerkennung der Betreuungsarbeit und der Erwerbsarbeit.
- In Stockholm wurde die Objektförderung für Betreuungseinrichtungen reformiert: Nicht der Träger, sondern der von einem Kind tatsächlich in Anspruch genommene Platz wird nunmehr gefördert.
- Die Hansestadt Hamburg stellt mit 1. Januar 2002 die Finanzierung der vorschulischen Kinderbetreuung auf eine gebundene Subjektförderung um. Mit der so



genannten Kita Card (ein Gutscheinkonzept) soll unter anderem den Eltern die freie Wahl der Betreuungseinrichtung ermöglicht werden. Ein weiteres Motiv für diese Neuerung besteht im starken Geburtenrückgang, der die zentrale Bedarfplanung vor gravierende Probleme stellt.

Kinderbetreuungsgeld statt Karenzgeld

Auch in Österreich ist eine grundlegende Reform hinsichtlich der staatlich unterstützten Teilzeitbetreuung von Kindern im Vorschulalter in Vorbereitung. Aus Platzgründen kann hier auf die Situation der vorschulischen Teilzeitbetreuung von Kindern nicht näher eingegangen werden.

Das Regierungsprogramm der neuen Österreichischen Bundesregierung sieht in diesem Zusammenhang vor, dass in Österreich mit 1. Januar 2002 für alle Kinder, die ab 1. Juli 2000 geboren wurden, das so genannte Kinderbetreuungsgeld (KBG) eingeführt wird. Diese Leistung wird das bisher ausgezahlte Karenzgeld (KG) ablösen (siehe Kasten zur Karenzgeldregelung). Der grundlegende Unterschied zwischen diesen beiden Formen der Unterstützung besteht darin, dass das KBG beim Kind, dessen Bedürfnissen und Bedarf ansetzt, das KG hingegen bei den Merkmalen der Eltern wie zum Beispiel der berufsständischen Situation.

Das Kinderbetreuungsgeld und seine Effekte

Das Kinderbetreuungsgeld (KBG) ist dadurch charakterisiert,

- dass das Kind den Anspruch auf das KBG vermittelt – und nicht Merkmale der Eltern (wie beim Karenzgeld);
- dass die Ausbezahlung des KBG nicht an eine Einschränkung der Erwerbstätigkeit gebunden ist – während das KG nur dann in voller Höhe gewährt wird, wenn die Geringfügigkeitsgrenze von rund 300 Euro nicht überschritten wird;
- dass Eltern dieses Transferentgelt nutzen können, um externe Betreuung anzukaufen oder ihre Opportunitätskosten zu senken;
- dass die Eltern zwischen den Betreuungsangeboten frei wählen können, da sie via KBG die finanziellen Mittel in der Hand haben – und nicht der Anbieter, wie dies bei einer Objektförderung der Fall ist.

Die Geschichte des Kinderbetreuungsgeldes

Die Idee eines staatlichen Betreuungsschecks zur Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Kindern wurde erstmals Anfang 1995 in den Folgerungen zweier Studien des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF) zur Diskussion gestellt. Dabei spielten zwei empirische Befunde eine Schlüsselrolle:

Erstens wies 1994/95 die Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Kindern unter sechs Jahren folgendes Muster auf:

- Bei den null- bis unter zweijährigen Kindern wurden rund 13 Milliarden Schilling (rund 940 Millionen Euro) – überwiegend in Form von Geldleistungen aus öffentlichen Mitteln in Bundeskompetenz (insbesondere zwei Jahre Karenzgeld) – eingesetzt.

- Bei den zwei- bis unter vierjährigen Kindern wurden rund 3,5 Milliarden Schilling (rund 250 Millionen Euro) eingesetzt – teils durch Geldleistungen, teils durch direkte Betreuungsangebote, finanziert von Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus anderen öffentlich-rechtlichen Budgets (Sondernotstandshilfe, Kinderkrippen, Kindergärten, Familienzuschuss und Ähnlichem).

- Bei den vier- bis unter sechsjährigen Kindern wurden etwa rund elf Milliarden Schilling (rund 800 Millionen Euro) eingesetzt – überwiegend in Form direkter Betreuungsangebote, weitgehend finanziert durch Länder und Gemeinden.

Die Ausgaben für die Unterstützung der Zwei- bis unter Vierjährigen lagen somit beachtlich unter jenen für die zwei benachbarten Altersgruppen. Diese Differenz ist das „Produkt“ der unterschiedlichen Kompetenzen der Gebietskörperschaften, der unterschiedlichen Finanzierungsquellen und -methoden sowie der Subjekt- und Objektorientierung in der Unterstützung.¹ Dieser Umstand war bis dahin selbst in Expertenkreisen kaum bewusst, da mit der üblichen Kategorisierung (Null- bis unter Drei- und Drei- bis unter Sechsjährige) die Problemlage nicht angemessen erfasst wer-

den konnte. Tatsächlich konnte kein sachlicher Anhaltspunkt dafür gefunden werden, dass diese Differenz politisch beabsichtigt ist. Die verhältnismäßig geringe Unterstützung der Zwei- bis unter Vierjährigen dürfte im Zusammenwirken unterschiedlicher Kompetenzen, Finanzierungsquellen

Der Lösungsansatz für die bestehenden Defizite – bei gleichzeitiger Vielfalt der Interessenlagen – konnte daher nur in einer unspezifischen Maßnahme bestehen: in Geld. Dieser Ansatz wurde in der Folge mit dem Begriff des Kinderbetreuungsschecks (KBS) konkretisiert und öffentlich gemacht.

„Die Wünsche der Eltern bei der Kinderbetreuung sind vielfältig“

und Förderprinzipien unbeabsichtigtweise „passiert“ sein – und ist daher umso mehr als Defizit anzusehen, das rasch zu beseitigen ist.

Zweitens sind die empirisch erhobenen Wünsche der Eltern bezüglich Gestaltung der Betreuung sehr vielfältig (siehe Abbildung). Der wissenschaftliche Befund ergibt ein buntes Bild, das der Vielfalt der Lebenssituationen junger Eltern entspricht. Trotz aller Unterschiede zeigen die Untersuchungsergebnisse, dass bei den Eltern der ausgeprägte Wunsch besteht, die Betreuung ihrer Kinder im Vorschulalter möglichst weitgehend selbst zu gestalten, was sich einerseits auf die persönliche Betreuung des Kindes in den ersten Lebensjahren und andererseits auf die Wahl einer persönlich und sachlich zufrieden stellenden anderen Betreuungsform bezieht.

Die Idee des Betreuungsschecks sorgt für breite Diskussion
Ab Ende des Jahres 1995 löste die Idee des Kinderbetreuungsschecks in Österreich eine breite und zunehmend engagierte Diskussion aus. Es gab kaum ein überregionales Medium, das nicht über den KBS berichtet hat. Neben den gesellschaftlichen Kräften wie Familienorganisationen, Sozialpartner und Basisinitiativen haben sich auch die Gebietskörperschaften (Bundesländer) mit dieser Idee auseinandergesetzt.

Bemerkenswert an der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Idee des KBS war auch die dynamische Erweiterung des Themenzusammenhangs. Der KBS wurde zum Beispiel

- als Instrument zur Bekämpfung der Familienarmut,

Die geltende Karenzgeldregelung in Österreich

Unselbstständig erwerbstätige Eltern haben in Österreich im Anschluss an die Schutzfrist der Mutter den rechtlichen Anspruch auf eine Karenzzeit von 24 Monaten, um während dieser Zeit ihr Kind betreuen zu können. Wenn Mutter oder Vater vor der Geburt des Kindes mindestens 52 Wochen beschäftigt und arbeitslosenversichert waren, kann Karenzgeld in der Höhe von derzeit einheitlich 185,50 Schilling pro Tag bezogen werden. Für Alleinerzieherinnen beziehungsweise Paare mit niedrigem Einkommen gibt es dafür noch einen Zuschuss in der Höhe von 82,20 Schilling pro Tag, der aber zurückgezahlt werden muss, wenn das Einkommen bestimmte Grenzen übersteigt.

Das Karenzgeld kann bis zum 18. Lebensmonat des Kindes bezogen werden, wenn nur ein Elternteil Karenzzeit (Dauer: bis zum zweiten Lebensjahr des Kindes) nimmt. Wenn beide Elternteile sich bei der Betreuung im Rahmen der Karenzzeit abwechseln, kann das Karenzgeld bis zum zweiten Geburtstag des Kindes bezogen werden. In der Zeit des Karenzgeldbezuges ist der betroffene Elternteil in vollem Umfang sozialversichert (kranken-, unfall- und pensionsversichert).

¹ Subjektorientierung meint, dass die Unterstützung dem Kind respektive dem konkreten Platz zukommt, während Objektorientierung die Finanzierung des Objektes beziehungsweise des Trägers bedeutet.

- als Grundsicherung für Mütter/Väter mit Kindern im entsprechenden Alter,
- als Analogie zum Bundespflegegeld,
- als Ausdruck der Neubewertung von Arbeit,
- als Instrument zur Sicherung der Zukunft des Humanvermögens sowie
- als Investition in die soziale Infrastruktur der Gesellschaft erörtert.

Machbarkeitsstudie verdeutlicht Familienrelevanz

Im November 1996 empfahl der familienpolitische Beirat beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie einstimmig die Durchführung einer Machbarkeitsstudie durch das ÖIF. Bundesminister Martin Bartenstein folgte dieser Empfehlung und gab im Mai 1997 eine solche Studie in Auftrag, deren Endbericht nun vorliegt. Im Zug der Diskussion und insbesondere im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde die Idee eines Kinderbetreuungsschecks zu einem konsistenten Konzept weiterentwickelt, das auch die Familienrelevanz des Kinderbetreuungsschecks transparent macht. In diesem Zusammenhang spielen vier Gesichtspunkte eine Rolle:

- **Drei-Generationen-Vertrag:** Der gesellschaftlichen Wandel erfordert die Einbeziehung des Staates in den Kosten-Nutzen-Ausgleich zwischen den nicht mehr, den noch nicht und den aktuell erwerbstätigen Generationen. In den Industriegesellschaften besteht eine diesbezügliche Asymmetrie zu Lasten der Kindergeneration.

- **Geschlechterverhältnisse:** Mütter erfüllen einen wesentlichen Teil der unbezahlten Betreuungsarbeit, von der die gesamte Gesellschaft profitiert. Es ist daher gerechtigkeitspolitisch notwendig, für diese Phase ein individuelles Entgelt und individuelle soziale Sicherheit vorzusehen.

- **Leistungsausgleich als dritte Säule im Wohlfahrtskonzept:** Neben dem Versicherungsprinzip und dem Fürsorgeprinzip ist das Leistungsausgleichsprinzip (Vorsorgeprinzip) explizit als Lösungsansatz für Transferzahlungen auszubauen. Damit wird es möglich, gesellschaftlich relevante Arbeit systematisch abzudecken. Solche Entgelte sind dem vom britischen Ökonomen Anthony Atkinson vorgeschlagenen *participation income* vergleichbar.

- **Maßnahmenbündel – policy mix:** Unter den familienrelevanten Maßnahmen gehört der KBS zu den generell-präventiven Maßnahmen.

Wünsche von Frauen und Männern bezüglich Kinderbetreuung differenziert nach Familienformen in Österreich

(„Welche Möglichkeit, ob und wie lange eine Mutter/ein Vater nach einer Geburt bei den Kindern bleiben soll, würden Sie bevorzugt wählen?“)



Quelle: Österreichisches Institut für Familienforschung – ÖIF (1998)

Hinweise: FFS 96, 20- bis 54-jährige Wohnbevölkerung, repräsentativ für Österreich, Stichprobe: 4.550 Frauen und 1.500 Männer.

* Fallzahl zu gering – Daten nur bedingt interpretierbar.

Die Teilinstrumente des Kinderbetreuungsschecks

Dem in der Machbarkeitsstudie entwickelten Konzept des Kinderbetreuungsschecks zufolge besteht dieser aus drei Teilinstrumenten:

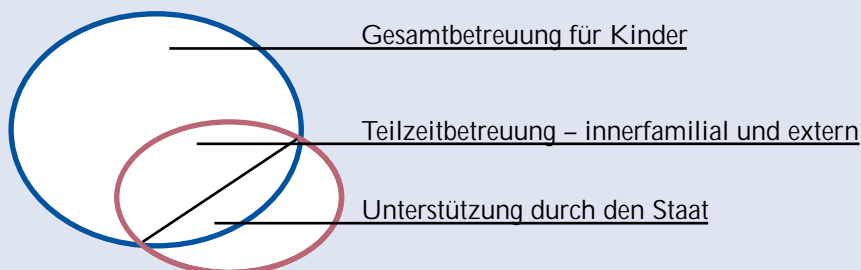
Geldleistung: Den Anspruch vermittelt das jeweils jüngste Kind bis zu seinem vierten Lebensjahr. Ausbezahlt wird der Betrag von 6000 Schilling (436 Euro) an die primäre Betreuungsperson (netto, zwölfmal im Jahr). Das geplante Kinderbetreuungsgeld sieht die Geldleistung bis zum dritten vollendeten Lebensjahr des jüngsten Kindes vor.

Eigenständige Sozialversicherung: Der Anspruch gilt für eine Betreuungsperson – in der Regel die Mutter/der Vater – zusätzlich zum gewährten Geldbetrag. Der Versicherungsschutz beinhaltet Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung. Arbeitslosenversicherungsansprüche werden nicht verbraucht, optional ist eine freiwillige Arbeitslosenversicherung möglich.

Gutschein: Der Anspruch auf einen Gutschein besteht für jedes Kind zwischen vier und sechs Jahren. Der Gutschein dient als Zahlungsmittel bei anerkannten Betreu-

Schematische Darstellung des Begriffs Teilzeitbetreuung

(die Größenverhältnisse sind zufällig)



Quelle: Helmuth Schattovits, ÖIF

Erläuterung zur Grafik:

In der öffentlichen Diskussion wird der Begriff ‚Kinderbetreuung‘ häufig undifferenziert verwendet. Dabei ist kaum die Gesamtbetreuung rund um die Uhr gemeint, sondern jene Zeit der Betreuung, die sich etwa mit der üblichen Erwerbsarbeitszeit deckt. Für eine sachliche Behandlung des Anliegens ist aber eine Differenzierung sinnvoll und notwendig. Daher wurde im Rahmen einer Studie für diese zeitweilige Betreuung der Begriff ‚Teilzeitbetreuung‘ als Differenzierungshilfe eingeführt. Demnach stellt die Teilzeitbetreuung eine Teilmenge der erforderlichen Gesamtbetreuung dar, unabhängig davon, ob diese innerhalb oder außerhalb der Familie erfolgt. Die Abbildung veranschaulicht dieses Verständnis. Durch die Einführung des Begriffs Teilzeitbetreuung soll auch der spezifische Aspekt der Eltern-Kind-Beziehung von jenem der zeitweiligen Fremdbetreuung, die auch von Dritten gleichermaßen erfüllt werden kann, abgegrenzt werden.

ungseinrichtungen. Er kann nicht in Geld abgelöst werden. Die Effekte des Gutscheins liegen einerseits im Anreiz zur Inanspruchnahme externer Betreuung und andererseits in der Optimierung des Einsatzes öffentlicher Gelder sowie der Förderung des Kostenbewusstseins. Die Entscheidung der Realisierung liegt bei den einzelnen Bundesländern respektive Gemeinden.

Hohe Zustimmung der Bevölkerung

Im Rahmen einer eigenen empirischen Untersuchung wurden fast 1000 Personen über ihre Meinung zu Idee und Modellen des Betreuungsschecks sowie zu den vermuteten Auswirkungen befragt. Generell begrüßen 71 Prozent der Befragten den Kinderbetreuungsscheck als Verbesserung. Das Ausmaß der Zustimmung ist von

Gruppe zu Gruppe unterschiedlich (positive Nutzendifferenz):

- Frauen (74 Prozent) stimmen dem KBS stärker zu als Männer (64 Prozent).
- Unter 40-Jährige (80 Prozent) stimmen dem KBS stärker zu als ältere Personen (63 Prozent).
- Personen mit Kindern unter sechs Jahren (85 %) stimmen dem KBS stärker zu als Personen mit älteren Kindern (66 Prozent).
- Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher (84 Prozent) stimmen dem KBS stärker zu als Familien mit zwei Elternteilen (71 Prozent).

Bei den drei Teilinstrumenten des KBS (siehe oben) gibt es die höchste Zustimmung zur vorgeschlagenen Ausweitung der sozialrechtlichen Absicherung (Befürwortung von 89 Prozent). Eine Mehrheit ist auch für die

vorgeschlagene Ausweitung des Empfängerkreises (58 Prozent aller Befragten; 81 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen unter 40). Eine Aufhebung eines Erwerbsverbotes wird insgesamt von weniger als der Hälfte befürwortet (45 Prozent aller Befragten), während sich 58 Prozent der kinderlosen Frauen unter 40 dafür aussprechen.

Einwände gegen den Kinderbetreuungsscheck

Im Zug der engagierten Diskussion um den KBS und im Rahmen von Stellungnahmen nach der Präsentation des Rohberichts zum KBS wurden gegenüber diesem Konzept auch Einwände geäußert, die an dieser Stelle in fünf Kritikpunkten zusammengefasst und auseinander gesetzt werden:

- **Mangelnde Finanzierbarkeit:** Der am häufigsten vorgebrachte Einwand bezieht sich auf die Finanzierbarkeit des KBS und auf die Befürchtung, dass dafür bestehende Leistungen gekürzt werden müssen. Dies kann allerdings aus dem Konzept für den KBS nicht begründet werden. Die Studie geht von der Prämisse zusätzlich zur Verfügung stehender Geldmittel aus – insbesondere aus den zweckgebundenen Mehreinnahmen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Die Berechnung einer kostenneutralen Variante war vom Projektteam von Beginn an abgelehnt worden, zumal insbesondere bei den zwei- bis unter vierjährigen Kindern ein unbegründbares Defizit der Unterstützung von etwa neun Milliarden Schilling besteht (siehe oben). Parallel zum Hinweis auf die hohen Kosten des KBS wurde zudem häufig der Ausbau von Einrichtungen der Kleinkinderbetreuung verlangt. Auch dieser Einwand ist zu widerlegen: Da es sich dabei wesentlich um Krippen handeln müsste, würden dafür deutlich höhere Kosten anfallen als für den KBS. Andere Betreuungsangebote (wie zum Beispiel Tagesmütter und Spielgruppen) sind kostengünstiger und werden von Eltern zunehmend in Anspruch genommen. Der KBS schafft dafür die Kaufkraft.

- **Professionalitätsdefizite:** Ferner wurde gegen den KBS eingewendet, dass neben der primären Betreuung der Kinder durch die Eltern die professionelle Kinderbetreuung durch Kinderkrippen, Kindergärten, Kindergruppen, Tageseltern und ähnliche Angebote eine wichtige Ergänzung zum Familienleben in der Erziehungs- und Bildungsarbeit darstellt. Dies sei besonders für die zunehmende Zahl von Einzelkindern wichtig. Diese Position stellt allerdings eine wesentliche Vorannahme im Konzept des KBS dar.

Daher sehen Modelle des KBS zum Beispiel einen Gutschein etwa ab dem vierten Lebensjahr vor, was einen starken Anreiz zur Inanspruchnahme externer Betreuung darstellt. Noch grundsätzlicher ist der ebenfalls geäußerte Einwand, dass Kindererziehung durch die Eltern keine Berufstätigkeit darstelle und damit auch nicht in Verbindung gebracht werden solle. Das Konzept des KBS beachtet diese Position allerdings beispielsweise dadurch, dass das Konzept nicht von einem Gehalt, sondern von einem Transferentgelt auf Basis von Mindeststandards ausgeht oder dass es auf die erwartete Teilzeitbetreuung und nicht auf die erforderliche Gesamtbetreuung des Kindes abstellt.

- *Schlechterstellung der Mütter:* Ein dritter Komplex von Einwänden bezog sich auf mögliche negative Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter und auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung. Vom theoretischen Ansatz her bedingt die in den Modellen des KBS vorgesehene Aufhebung jeder Erwerbsbeschränkung für Mütter/Väter jedoch keine Erschwernis, sondern eine Erleichterung bei der Vereinbarkeit von Erwerb und Familie. Die empirische Studie zum KBS (siehe oben) gibt mehrere Anhaltspunkte dafür, dass diese Erleichterung genutzt werden wird. Dem Befund wurde in der Diskussion wiederum entgegengehalten, dass sich der Druck des Partners und der Umgebung auf die Mütter erhöhen werde, mit dem Kind doch länger zu Hause zu bleiben. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, spricht das nicht gegen den KBS, sondern für die Notwendigkeit entsprechender Bewusstseinsbildung. Dieses Problem geht weit über den KBS hinaus und berührt unter anderem die Fragen der Eigenverantwortlichkeit und der zugemuteten Mündigkeit, von denen alle Sozialleistungen betroffen sind. Hinsichtlich der innerfamiliären Aufgabenteilung besteht empirische Evidenz – ähnlich wie bei der Erwerbstätigkeit der Frauen – für einen deutlichen Kohorteneffekt: Jüngere Frauen sind viel stärker auf eine Berufslaufbahn hin orientiert, und jüngere Männer beteiligen sich deutlich stärker an der Hausarbeit und Kindererziehung als ältere Kohorten (FFS 96). Der KBS betrifft künftige Mütter und damit Kohorten von jungen Frauen, die aller Voraussicht nach erwerbsorientiert eingestellt sind und in ihren Beziehungen ein partnerschaftliches Verhalten praktizieren.

- *Negative Signalwirkung:* Es wurde auch die Befürchtung geäußert, dass unabhängig von den konkreten Regelungen des KBS und den dadurch entstehenden Gestaltungsmöglichkeiten ein „falsches“ gesellschaftspoliti-

sches Signal gesetzt würde. Dieser Einwand bezieht sich im Wesentlichen auf die befürchtete Förderung des Erwerbsausstiegs von Frauen und auf eine Ablehnung von mehr Markt im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen. Problematisch an dieser Befürchtung ist, dass die Signalwirkung des Wegfalls jedweder Erwerbsbeschränkung beim KBS keineswegs gewürdigt wird. Denn dadurch wird aus der Entweder-oder-Entscheidung, welche die aktuelle Karenzgeldregelung erfordert, die Möglichkeit einer Sowohl-als-auch-Entscheidung. Welche

sen werden, dass beachtliche zusätzliche Mittel zur Unterstützung (absolut und je Kind) vorgesehen sind, was die Angebote verbessern wird. Die insgesamt sinkenden Kinderzahlen, die steigende Konkurrenz zwischen Betreuungsformen, Anbietern und Betreuungsberufen (einschließlich der Volksschule beziehungsweise Lehrpersonen) sowie der laufende Ausbau von Betreuungsplätzen im Zuge der „Kindergarten-Milliarde“ vergrößern in Österreich tendenziell bundesweit das Angebot (Anzahl der Plätze bezogen auf die Zahl der Kinder).

„Entscheidend ist, dass der Staat den Eltern weder vorschreibt, wie sie ihre Kinder betreuen, noch bestimmt, wie lange jemand zu Hause bleibt“

Signalwirkung vom KBS tatsächlich ausgeht, wird stark von den Rahmenbedingungen und den zusätzlichen Maßnahmen abhängen, die gleichzeitig mit seiner Einführung gesetzt werden. Dabei wird es unbestritten wichtig sein, die emanzipatorischen Beweggründe und Inhalte des KBS entsprechend zu kommunizieren sowie die bestehenden Aktivitäten für bessere Arbeitsbedingungen (zum Beispiel *Audit Familie und Beruf*, Wettbewerb *Frauen- und familienfreundlicher Betrieb*) weiterzuverfolgen. Es steht außer Streit, dass die überwältigende Mehrheit junger Mütter flexible Formen von (temporärer) Teilzeitarbeit wünscht. Der KBS kann dazu beitragen, dies finanziell und mit entsprechender Kinderbetreuung zu ermöglichen. Allerdings muss auch sichergestellt sein, dass in der Wirtschaft entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

- *Negative Auswirkung auf außerhäusliche Kinderbetreuung:* Ein letzter Bereich von Einwänden betrifft befürchtete negative Auswirkungen auf das Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung und deren Kosten. Hier muss erneut darauf hingewie-

Angesichts dieser Situation ist eher ein Sinken als ein Steigen der Kosten zu erwarten. Zweifellos muss der Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung, wie das durch den Gutschein im Konzept des KBS vorgesehen ist, sorgsam vorbereitet und eingeführt werden. Selbstverständlich wird im Konzept des KBS von der Mitverantwortung der öffentlichen Hand für die Unterstützung der Teilzeitbetreuung von Kindern ausgegangen. Diese wird zwar durch den KBS mehr herausgefordert, aber auch innovativ weiterentwickelt.

Resümee

Es besteht ein breiter politischer Konsens darüber, dass die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden sollen. Wie diese Unterstützung realisiert werden soll, wird zunehmend diskutiert. In diesem Zusammenhang stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die

bisherigen Maßnahmen ausgeweitet beziehungsweise erhöht oder ob neue Wege beschritten werden sollen respektive müssen, die auf eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Wahlfreiheit der Eltern abzielen.

Tendenziell wird daher der Übergang von der Objektfinanzierung und -förderung auf die Subjektförderung angestrebt, wobei Letztere

in Form von Geld und Gutscheinen erfolgen soll. Das entspricht den Bedürfnissen und dem Bedarf von Kindern, Müttern und Vätern. Damit wird Wahlmöglichkeit bei der alltäglichen Lebensführung ermöglicht. Eltern sind nicht mehr die „Bittsteller“ bei Trägern, sondern die Kunden bei Anbietern. Der Staat sorgt für die Qualitätssicherung und – durch Transfers – für Kaufkraft.

Mit seinen Komponenten Geld, Pensionsversicherung und Gutschein für externe Teilzeitbetreuung bringt der KBS ein vernetztes Maßnahmenbündel, das den neuen gesellschaftlichen Anforderungen entspricht und bestehende Defizite in der Teilzeitbetreuung von Kindern im Vorschulalter ausschließt.

Umfrage unter den nationalen Experten der Beobachtungsstelle

1. Welche Philosophie, welche Motive stehen hinter der Unterstützung der vorschulischen Kinderbetreuung?
2. Wie sieht es bezüglich Objekt- und Subjektförderung im jeweiligen Mitgliedstaat der EU aus?

Belgien

Die vorschulische Kinderbetreuung wird von den Regionalregierungen gefördert und an Nicht-Regierungs-Organisationen bezahlt. Die Eltern erhalten keine Direktzahlungen, können jedoch einen bestimmten Betrag von ihrem steuerpflichtigen Einkommen absetzen. Die elterliche Betreuung von Vorschulkindern wird wie folgt gefördert:

- Wenn die Eltern erwerbstätig sind, können sie in Karenz gehen (mindestens drei Monate, höchstens fünf Jahre) und erhalten dann ein monatliches Karenzgeld.
- Wenn sie ihre Kinder häuslich betreuen (und nicht erwerbstätig sind), können sie einen Pauschalbetrag vom steuerpflichtigen Familieneinkommen absetzen.

Wilfried Dumon

zent. Die Finanzierung schwankt von Bundesland zu Bundesland und von Kommune zu Kommune.

Walter Bien

Griechenland

Allgemein gesehen erfolgt eine Objektförderung, das heißt, die finanzielle Unterstützung geht an die Organisation, welche die Einrichtung betreibt. Die Organisation erhält Geld, jedoch nicht für jeden verwendeten Betreuungsplatz. Für die betreuungsbedürftige Person (also beispielsweise das Kind) gibt es keine Subjektförderung. Die Eltern erhalten einen gewissen Geldbetrag, der jedoch nicht eindeutig als finanzielle Unterstützung für die Kinderbetreuung ausgewiesen wird, sondern ein allgemeines Kindergeld darstellt.

In Bezug auf die Kinderbetreuung haben die Eltern folgende Möglichkeiten:

- Kinderbetreuung daheim, bezahlt von den Eltern ohne spezielle finanzielle Unterstützung, oder kostenlose Betreuung durch Verwandte.
- Kinderbetreuung durch eine private (und meist sehr teure) Einrichtung. Diese wird zur Gänze von den Eltern bezahlt. Manchmal wird der für die Kinderbetreuung aufgewendete Gesamtbetrag bei der Besteuerung der Familie berücksichtigt.
- Kinderbetreuung in einer öffentlichen Einrichtung, wobei jedoch der Bedarf

durch die Anzahl der verfügbaren Plätze nicht abgedeckt wird.

- Und schließlich der Ausnahmefall von Eltern, die in großen Privatfirmen oder der geringen Anzahl von öffentlichen Institutionen arbeiten, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freie Kinderbetreuung anbieten.

Christos Bagavos

Irland

In Irland wird keine direkte finanzielle Unterstützung an Familien als Beitrag zur Kinderbetreuung gezahlt. Die staatliche Förderung geht vorwiegend an die Einrichtungen in Form von Kapitalspritzen und Personalauszahlung. Davon abgesehen, dass den als gefährdet betrachteten benachteiligten Familien mit niedrigem Einkommen eine Kinderbetreuung zu gewähren ist, werden das Angebot und der Erwerb der Kinderbetreuung im Großen und Ganzen dem freien Markt überlassen. Die Regierung hat sich jedoch verpflichtet, eine „faire Strategie zur Unterstützung von Eltern bei der Abdeckung ihrer Kinderbetreuungsbedürfnisse“ zu verfolgen.

Gabriel Kiely

Deutschland

Es gibt in Deutschland Kinderbetreuungseinrichtungen in staatlicher Hand und von freien Trägern organisiert. Die Kosten werden von unterschiedlichen Quellen getragen: Grundstücke und Baukosten zum Teil von den einzelnen Bundesländern, Personalkosten im Wesentlichen von den Gemeinden, sonstige Kosten von den jeweiligen Trägern und durch Beiträge der Eltern. Der Anteil der Finanzierung durch die öffentliche Hand beträgt ungefähr 80 Pro-

Luxemburg

Die Vorschulerziehung ist in Luxemburg für Kinder ab vier Jahren verpflichtend. Bis zu diesem Alter ist die Frage nach Kinderbetreuungseinrichtungen von größter Bedeutung. Obwohl das Netz der Betreuungseinrichtungen wächst, gibt es dennoch nicht genug Plätze, um die große Nachfrage vonseiten der Familien zu befriedigen. Das Ministerium für Familienangelegenheiten kann Gelder für drei Zwecke bereit-

stellen: (a) zur Deckung des Defizits der Verwaltungskosten, (b) zur Abdeckung der Stundensätze für Tagesbetreuung und (c) zur Anmietung von Plätzen im Privatsektor, die dann den Familien zu einem sozialen Preis angeboten werden.

Seit 1999 muss jede Einrichtung, die mehr als drei Kinder betreut, eine Genehmigung einholen, die vom Ministerium für Familienangelegenheiten, dem Ministerium für Frauenförderung, dem Jugendministerium oder dem Gesundheitsministerium ausgestellt wird.

Monique Borsenberger

Niederlande

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen versorgungsorientiert: Die Gemeindebehörden spielen eine zentrale Rolle bei der Deckung des (wachsenden) Bedarfes an Betreuungsplätzen. Gleichzeitig wird die Mitfinanzierung durch die Arbeitgeber betont. Diese spezielle Situation hat zu einem dreigeteilten System der Kinderbetreuung geführt: geförderte, Firmen- und private Einrichtungen. Die geförderten Einrichtungen werden von den Gemeinden finanziert: Die Eltern zahlen dafür einen nach ihrem Einkommen gestaffelten Preis. Firmenplätze sind in den Kollektivvereinbarungen oder Firmenstatuten vorgesehen: Die Eltern zahlen einen Beitrag, die restlichen Kosten werden vom Arbeitgeber abgedeckt. Private Einrichtungen werden ohne Subventionen von privaten Betreibern finanziert.

Das System steht gegenwärtig zur Diskussion, weil der Bereich sehr stark reguliert und nicht wettbewerbsfähig ist. Im Frühjahr 2000 wurde ein Gesetzesvorschlag unter dem Titel *Wet Basisvoorziening Kinderopvang* (Gesetz über die grundlegende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen) eingebracht, der im Dezember 2000 in der zweiten Kammer diskutiert wurde. Das neue Gesetz betont die Bedeutung eines bedarfsorientierteren Systems. Es ist darin vorgesehen, den Eltern das Recht auf eine finanzielle Vergütung für die Kosten der Kinderbetreuung (wahrscheinlich) über das Steuersystem zu gewähren. Die Eltern erhalten dadurch jedoch weder ein Anrecht auf einen Betreuungsplatz noch eine Barleistung. Die grundsätzliche Überlegung dabei ist, dass diese Vergütung beim Konsumenten mehr Kaufkraft bewirken wird. Damit soll-

ten Private in den Markt für Kinderbetreuungsdienste einsteigen und damit letztlich deren Effizienz erhöhen.

Janneke Plantenga

Schweden

Die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen erfolgt als Kombination der von den Eltern bezahlten Gebühren und der Bereitstellung von Mitteln aus dem Gemeindebudget. Die Gemeinden, die jeweils selbst einen Haushalt verwalten, erhalten aus dem Staatshaushalt nichtgebundene Gelder für die Bereitstellung der Kinderbetreuung. Noch in keiner Gemeinde wurde bisher beschlossen, die finanzielle Unterstützung den Eltern und nicht der Kinderbetreuungseinrichtung zukommen zu lassen, obwohl dies theoretisch möglich wäre. Die Gemeinden sind dazu berechtigt, und ein ähnliches System wird auch bei Schulkindern angewandt. Dort füllen die Eltern ein Formular aus, in dem sie angeben, welche Schule sie für ihr Kind wählen, woraufhin ein bestimmter Geldbetrag (*skolpeng*) an die entsprechende Schule gezahlt wird.

Eva Bernhardt

Portugal

Für ein Verständnis der finanziellen Unterstützung der vorschulischen Kinderbetreuung muss zwischen „öffentlichen“ Ein-

richtungen (im Besitz der Zentral- oder Lokalverwaltung) und staatlich unterstützten, privaten, nicht auf Gewinn ausgerichteten Organisationen unterschieden werden. Im ersteren Fall werden die Kosten für die „erzieherische Komponente“ (fünf Stunden) vom Unterrichtsministerium und die Kosten für die „soziale Komponente“ (Kantinen, Kinderbetreuung über die fünf Stunden hinaus) vom Ministerium für Beschäftigung und Solidarität übernommen. Die finanzielle Zuständigkeit für diese Komponente kann durch Vereinbarungen an die lokalen Behörden übertragen werden. Familien, deren Kinder nur fünf Stunden in Anspruch nehmen, zahlen keine Gebühren; die Gebühren für die soziale Komponente sind nach Familieneinkommen gestaffelt, wobei die Einrichtung als Geldempfänger auftritt.

Die Finanzierung für öffentlich unterstützte, private, nicht auf Gewinn ausgerichtete Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage der Kosten pro Kind, wobei der Betrag pro Kind jährlich vom Staat im Gefolge einer Anhörung der Organisationen, welche die Interessen dieser Einrichtungen vertreten, festgelegt wird. Die finanzielle Unterstützung wird den betreibenden Institutionen gewährt. Die Familien zahlen nach ihren Mitteln gestaffelte Gebühren für die Kinderbetreuung in der jeweiligen Einrichtung. Bei privaten, gewinnorientierten Einrichtungen übernehmen die Familien die Kosten, wobei jedoch das Gesetz über die Vorschulerziehung (1997) ein gewisses Maß an Sponsorenschaft an diesen Schulen in speziellen Entwicklungsprogrammen erlaubt.

Karin Wall



Helmuth Schattovits Nationaler Experte

Europäische Beobachtungsstelle für
Familienangelegenheiten, Österreichisches
Institut für Familienforschung

Gonzagagasse 19/8
1010 Wien
Österreich

Tel.: +43-1-535 14 54
Fax: +43-1-535 14 55
E-Mail: helmuth.schattovits@oif.ac.at
Internet: <http://www.oif.ac.at>

Wie entwickelt sich die europäische Familie?

Trends & Motive

Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten beschäftigte sich anlässlich ihrer Jahrestagung in Sevilla vom 15. bis 16. September 2000 mit der geringen Fertilität in Europa.

Dr. Christos Bagavos und Dr. Claude Martin

Die bisher grassierenden Annahmen vom europäischen Fertilitätsniveau erweisen sich zunehmend als falsch. So müssen wir uns etwa vom Stereotyp der vermeintlich so kinderreichen südeuropäischen Familien verabschieden: Das Bild von der italienischen *mamma* und ihren vielen Kindern ist längst überholt. Die italienischen Frauen haben europaweit die wenigsten Kinder. In manchen Regionen Italiens liegt die Fertilitätsrate sogar unter eins. Dabei ist allerdings erwiesen, dass die Bestandserhaltungsrate bei durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau liegt. Eine derartige Revolution im Bereich der Fertilität beunruhigt alle jene, die lange Zeit hindurch die wirtschaftliche, politische und soziale Gesundheit von Nationen an der Größe ihrer Bevölkerung gemessen haben. Welche Zukunft hat ein Europa, das nicht mehr für

eine Erneuerung der Generationen sorgt, welche Zukunft hat ein alterndes Europa? Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten widmete sich anlässlich ihrer Jahrestagung in Sevilla vom 15. bis 16. September 2000 dieser Problemstellung. Die dort präsentierten Analysen lieferten – ohne in einen unnötigen Alarmismus zu verfallen – wichtige Beiträge für ein besseres Verständnis der Hintergründe dieser Problematik.

Soziale Entwicklungen in Europa – eine Diagnose

Der erste Bericht der Europäischen Kommission zur sozialen Lage in der Europäischen Union zeigt auf, dass in Hinkunft die steigende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen eine der wesentlichsten Herausforderungen für Europas Gesellschaften und die politisch Verantwortlichen dar-





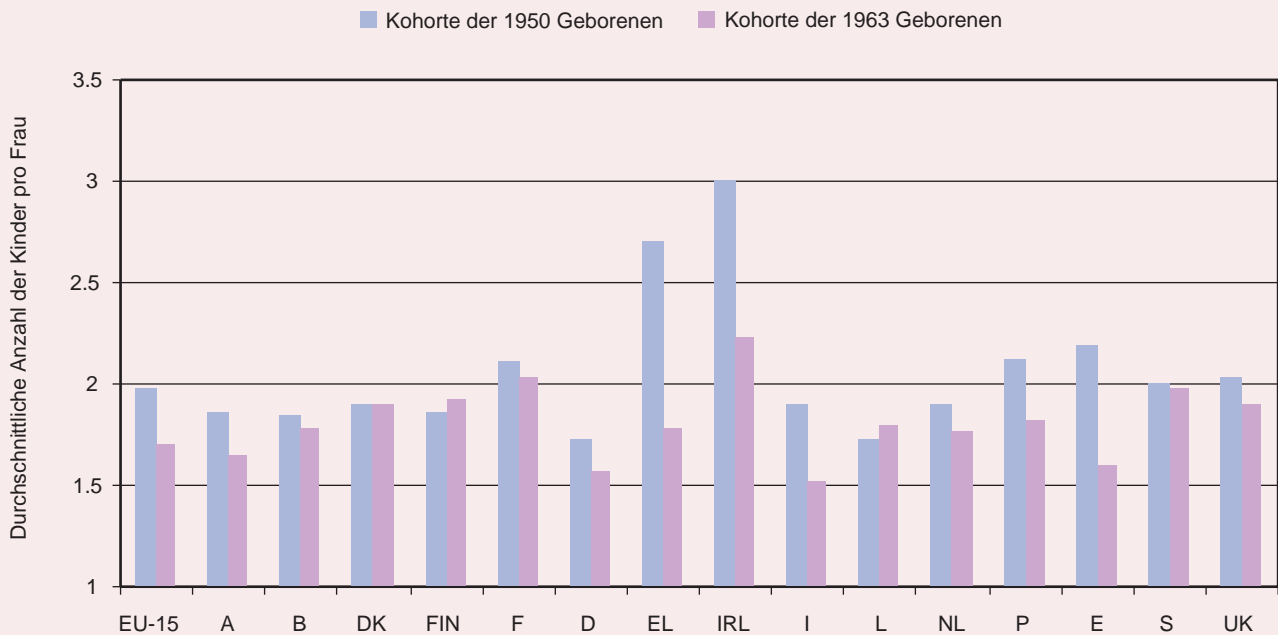
stellen wird. Gleichzeitig rücken die schwachen Geburtenraten und die unvermeidbare demographische Alterung immer mehr die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der europäischen Bevölkerung in den Mittelpunkt. Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen der sozialen Lage der Menschen und einer geringen Fertilität? Trifft es wirklich zu, dass ein sehr niedriges Fertilitätsniveau auf die schlechte soziale Lage eines Landes verweist, zum Beispiel hohe Arbeitslosenrate, starke Einkommensunterschiede, mangelhafte Wohnverhältnisse, Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Die Verwirklichung der Lebensvorstellungen des Einzelnen, zu denen auch der Kinderwunsch zählt, bedarf der staatlichen Unterstützung. Wo die Nachfrage nach sozialer Unterstützung unbefriedigt bleibt, kann die Fertilität ein niedrigeres Niveau aufweisen, als es eigentlich den Wünschen von Einzelpersonen und Paaren entspricht. Andererseits wird dort, wo die soziale Situation der Menschen besser ist und wo die sozialen Dienstleistungen den Anforderungen der Menschen entsprechen, die Verwirklichung von Lebensplänen wesentlich wahrscheinlicher, und auch die Fertilität hat somit gute Aussichten, sich auf jenem Niveau einzupendeln, das von den Paaren gewünscht wird. In diesem Sinn muss eine geringe Fertilität als Anzeichen für Probleme interpretiert werden, denen Einzelpersonen bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf verschiedenen Ebenen – Familie, Beruf, Verbesserung der Lebensqualität – begegnen. Wann immer das tatsächliche Geburtenniveau niedriger ist als das von den Menschen gewünschte, ist dies ein Indikator für eine unbefriedigte Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen und sozialer Unterstützung. Die daraus resultierende politische Perspektive – mehr in Dienstleistungen statt in finanzielle Leistungen zu investieren – ist für Europa neu.

Geringe Fertilität betrifft alle Industrieländer

Das Sinken der Geburtenrate und ihr Verbleib auf einem Niveau, das nicht für die Erhaltung des Bevölkerungsstandes sorgt, zählen nicht nur in Europa, sondern auch in sämtlichen anderen Industriestaaten zu einem Hauptmerkmal der Bevölkerungsent-

1: EU – Abgeschlossene Fertilität nach Kohorte
(Geburtsjahrgänge 1950 und 1963)



Quelle: Eurostat, demographische Statistiken

wicklung. Diese Tendenz ist nicht neu, denn in den meisten EU-Ländern blieb die Nachkommenschaft der Nachkriegsgenerationen unter dem Bestanderhaltungsniveau (Abb. 1; bezüglich der verschiedenen Fertilitätsmessungen siehe *Family Observer* 1/1999). Neu daran sind hingegen das Tempo des Rückgangs und der dauerhafte Verbleib auf einem niedrigen Fertilitätsniveau, wie David Coleman in seinem Referat unterstrich. Dies lässt den Schluss zu, dass wir wahrscheinlich gerade Zeugen einer noch nie da gewesenen Bevölkerungsentwicklung in Europa wie auch in allen anderen entwickelten Staaten sind.

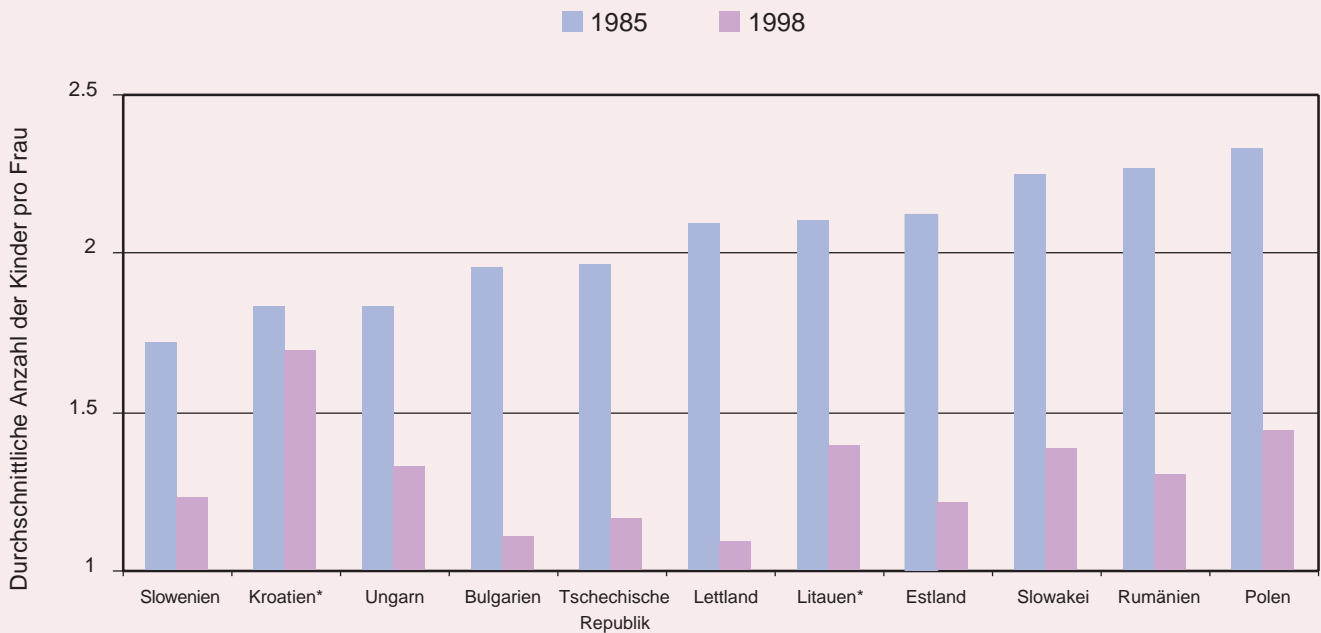
Trotz der Konvergenz in Richtung niedrige Fertilitätsraten unterscheiden sich die EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Abfolge und Ausprägung dieser Entwicklung markant. In den südlichen Ländern (Spanien, Italien, Griechenland und Portugal) ist die Fertilität viel später,

dafür aber viel stärker gesunken. Die von Spanien, Italien und Griechenland erreichten Niveaus sind extrem niedrig. Bei der Tagung legten Juan Antonio Fernández Cordón und Giovanni Sgritta eine Analyse der spezifischen Gegebenheiten in diesen südeuropäischen Ländern vor und verwiesen insbesondere auf das Paradoxon, dass diese Länder zwar die niedrigste Fertilitätsrate haben, dass sie aber andererseits weiterhin die meisten Ehen und kaum andere Formen des Zusammenlebens sowie wenige außereheliche Geburten aufweisen. Die Erklärung für das äußerst niedrige Fertilitätsniveau ist ihrem Befund nach vor allem darin zu suchen, dass spät geheiratet und dadurch die Geburt der ersten Kinder stark nach hinten verschoben wird. Die skandinavischen Länder (Dänemark, Finnland, Schweden) wiederum zeichnen sich durch einen leichten Anstieg der Fertilität gegen Ende der Achtzigerjahre aus. Trotz eines erneuten Rückgangs in jüngster Vergangenheit gehören ihre Fertilitätsniveaus zu den höchsten in der Europäischen Union. In den Ländern Belgien, Frankreich, Niederlande und Groß-

britannien liegt die Fertilitätsrate unter respektive nahe der Schwelle zur Erhaltung des Bevölkerungsstands. Deutschland, Österreich und bis zu einem gewissen Grad auch Luxemburg weisen seit fast 20 Jahren eine Stagnation auf einem sehr niedrigen Geburtenniveau auf. Irland, das Jahre hindurch die höchste Fertilität innerhalb der EU aufwies, bewegt sich nun rapide auf ein Niveau zu, das deutlich unter 2,1 Kindern pro Frau liegt.

Diese Entwicklungen sind in allen Industrieländern äußerst rasch abgelaufen. Ein besonders massiver Rückgang der Geburten ist vor allem in den ehemals kommunistischen Ländern Europas zu beobachten (Abb. 2). Während Mitte der Achtzigerjahre die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau in den meisten dieser Länder im Bereich des Bestanderhaltungsniveaus lag, sind die aktuellen Raten sehr niedrig. In einigen dieser Länder sind die Fertilitätsraten die niedrigsten, die je auf der Welt registriert wurden. Generell sind die Vereinigten Staaten und Neuseeland die einzigen hoch entwickelten Länder, die derzeit

2: Periodenfertilität in einigen Nicht-EU-Ländern



*1997

Quelle: Eurostat, Demographische Statistiken

eine Fertilität auf Bestanderhaltungsniveau aufweisen. Laut Peter McDonald ist diese Evolution zum Teil auf die stärkere Fertilität der hispanischen Frauen und allgemein der jungen Menschen in den USA sowie auf die stark ausgeprägte Fertilität der Maori in Neuseeland zurückzuführen.

Verschiedene Ansätze zum Verständnis des Phänomens

Die aufgezeigten Entwicklungen werfen eine Reihe von Fragen auf, die mit der Diskussion um Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die demographische Entwicklung und insbesondere in die Entwicklung der Fertilität zusammenhängen. Wie soll man Rückgang und nachhaltig niedrige Fertilität erklären? Was bedeuten die Unterschiede in der Fertilitätsentwicklung zwischen den EU-Ländern? Kann man von einer Zeitverschiebung im sozioökonomischen Konvergenzprozess der Länder sprechen, oder gibt es nur landesspezifisch unterschiedliche Entwicklungen? Wie und unter welchen Umständen kann die Politik eine niedrige

Fertilität beeinflussen? Was wissen wir heute über die Auswirkungen der verschiedenen sozial- und insbesondere familienpolitischen Maßnahmen auf das Fertilitätsniveau? Besteht Bedarf an sozialer Unterstützung und sozialen Dienstleistungen – und in welchem Zusammenhang steht dieser Bedarf mit der Besorgnis erregend niedrigen Geburtenrate? Wie äußert sich die öffentliche Meinung zu diesem Fragenkomplex? Welche Rolle spielen die Medien bei diesem Meinungsbildungsprozess?

Für ein besseres Verständnis dieser Veränderungen gibt es unterschiedliche Ansätze. Wir können, wie Bernhard Nauck es vorschlägt, wirtschaftlich rationale Modelle für die Beeinflussung des Kinderwunsches heranziehen. Wir können auch, wie es Walter Bien getan hat, die Entwicklung von Meinungen und Wertvorstellungen zur Familie unter der jungen Generation analysieren. Des Weiteren können wir uns damit beschäftigen, wie

die demographische Entwicklung in den Medien thematisiert und rezipiert wird. Damit beschäftigt sich Maura Misiti, die zu diesem Thema groß angelegte quantitative Untersuchungen vorgenommen hat. Es ist offenkundig, dass sämtliche Bemühungen um eine Fertilitätssteigerung darauf beruhen müssen, einerseits die Gründe für das niedrige Niveau der Fertilität zu kennen und andererseits taugliche Instrumente zur Beeinflussung der Fertilität zur Verfügung zu haben.

Welche politischen Maßnahmen beeinflussen die Fertilität?

Bevor wir uns mit der Effizienz der familienpolitischen Maßnahmen im Bereich der Fertilität beschäftigen – was von John Ditch in seinem Beitrag kritisch durchleuchtet wird, wobei er auf die geringen Auswirkungen familienpolitischer Anreize auf die Fertilität verweist –, schlägt Anne Gauthier vor, die nicht minder heikle Frage zu stellen, innerhalb welcher Rahmenbedingungen und Grenzen die Familienpolitik in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten betrieben wird und

wie sich die Familienpolitiken in letzter Zeit entwickelt haben. Auf dieser Basis ist festzustellen, ob es in diesem Politikbereich überhaupt eine europaweite Konvergenz gibt oder nicht.

Laut Anne Gauthier ist es unbedingt notwendig, den traditionellen familienpolitischen Ansatz neu zu definieren, denn die Grenzen zwischen Familienpolitik und anderen Politikfeldern (Senioren, Arbeitsmarkt, Gleichstellung von Mann und Frau et cetera) verschwimmen zusehends. Im Kontext aktueller demographischer und familiärer Verhaltensmuster kann sich die Familienpolitik nicht mehr auf finanzielle Maßnahmen und familienbezogene Dienstleistungen beschränken. Was die Konvergenz der Familienpolitik betrifft, erklärt Anne Gauthier, dass es einen deutlichen Annäherungsprozess gebe, wenngleich noch stark ausgeprägte landesspezifische Eigenheiten zu beobachten seien. So steht in allen Ländern die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund. Auf dieser Ebene spielen auch die europäischen Institutionen eine Rolle, denn sie haben das Thema „Beschäftigung und Chancengleichheit“ auf die Agenda gesetzt.

Die Frage nach der Rolle der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und nach ihren Auswirkungen auf die Fertilität wurde bei der Tagung von mehreren Referierenden angeschnitten. Eva Bernhardt zeigte etwa auf, dass das Erreichen des

integriert sind, laufen wir Gefahr, dass Frauen kinderlos bleiben beziehungsweise erst sehr spät Kinder bekommen – was wiederum bedeutet, dass es nur wenige sein werden. Jo Murphy-Lawless entwickelte eine analoge Perspektive, indem sie sich

„Arbeitsmarktpolitik, Seniorenpolitik, Gleichstellungsfragen werden zunehmend auch in einem familienpolitischen Kontext diskutiert werden müssen“

Bestandhaltungsniveaus davon abhängt, welche Vorkehrungen unsere entwickelte Gesellschaft für die Betreuung von Angehörigen (Kindern und alten Menschen) trifft. In einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen dauerhaft in den Arbeitsmarkt

auf die wesentlichen Beiträge des Feminismus zum besseren Verständnis der frauenspezifischen Bedürfnisse bei der Betreuung von Kleinkindern und der Entwicklung neuer Lösungsansätze konzentrierte.

Das Instrumentarium für politisch

Finanzielle Anreize

a) Regelmäßige finanzielle Leistungen

Dazu gehören sämtliche kindbezogenen Leistungen in Form von Barzahlungen. Grundsätzlich erfolgen sie in Form von regelmäßigen Zahlungen an die Eltern für jedes einzelne Kind.

b) Pauschalzahlungen respektive Kredite

Dazu gehören finanzielle Leistungen bei der Geburt eines Kindes (Geburtenprämie, Wochengeld), bei Schuleintritt oder Erreichen einer bestimmten Altersstufe des Kindes.

c) Steuernachlässe, -anrechnungen, -abzüge

Dazu gehören Steuernachlässe beziehungsweise Anrechnungsbeträge für Kinder. Diese Maßnahmen können für Kinder unterschiedlichen Alters respektive für Kinder unterschiedlicher Geschlechterfolge gelten.

d) Unentgeltliche oder subventionierte Dienstleistungen oder Güter

Diese Dienstleistungen umfassen sämtliche Stufen der Schulbildung, ärztliche und zahnärztliche Leistungen, öffentliche Verkehrsmittel, Leistungen im Erholungs-

bereich wie etwa Sport, Unterhaltung, Freizeit- oder künstlerische Aktivitäten.

e) Wohnbeihilfen

Diese können in Form von regelmäßigen finanziellen Leistungen erfolgen, etwa als Wohngelder, Pauschalzahlungen, Zuschüsse an Wohnraumersterwerbende oder Hypothekennachlässe bei der Geburt eines jeden Kindes, Steuernachlässe oder -abzüge für Wohnkosten oder Subventionen für wohnraumbezogene Leistungen.

Initiativen im Bereich Beruf und Familie

a) Karenz

Das Recht auf Rückkehr in eine Stellung nach einer geburtsbedingten Karenz. Die derzeit geltenden Bestimmungen unterscheiden sich hinsichtlich der Dauer der Karenzzeit, ob es sich um eine bezahlte Karenzierung handelt und wie hoch die Bezahlung ist, hinsichtlich des Karenzanteils für Mütter und für Väter, ob Väter „gezwungen“ werden, einen Teil der

Karenzzeit in Anspruch zu nehmen, und ob es ein Recht auf Rückkehr in eine Teilzeitbeschäftigung gibt.

b) Kinderbetreuung

Angebot der unentgeltlichen oder subventionierten Kinderbetreuung als Bestandteil von familienfreundlichen beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Dieses Angebot sollte auch jenen offen stehen, die nicht berufstätig sind, da es ihnen die Möglichkeit zur Ausbildung oder Arbeitssuche gibt.

c) Flexible Arbeitszeit und Kurzarbeit für familiäre Zwecke

Flexible Arbeitszeiten im Hinblick auf die familiären Pflichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ebenso könnte die Möglichkeit eines Kurzarlaufs für die Betreuung eines kranken Kindes, für Schulanlässe oder für die Begleitung der Kinder zu unverzichtbaren Terminen vorgesehen werden.



Maßnahmen zur Hebung der Fertilität

d) Gleichbehandlungsgesetze und die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben

In der Arbeitsgesetzgebung sollte die Diskriminierung im Beruf aus Gründen des Geschlechts, des Privat- oder Familienlebens verboten sein. Die Individualbesteuerung anstelle einer Familienbesteuerung hilft, die negativen Anreize zur Arbeitsaufnahme für Zweitverdienende innerhalb des Steuersystems zu vermeiden, und sollte daher gefördert werden.

e) Arbeitszeit

Man sollte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mit kurzfristig geänderten Arbeitszeiten oder Besprechungen zu Tageszeiten belasten, die mit den Betreuungspflichten für kleine Kinder schwer vereinbar sind. Die Arbeitszeiten müssen im Einklang mit den Schulzeiten stehen.

Umfangreiche soziale Veränderungen zu Gunsten von Kindern und Eltern

a) Beschäftigungsinitiativen

Förderung der Beschäftigung von Frauen und jungen Menschen insbesondere im Dienstleistungssektor. Teilzeitarbeit mit anteiligem Arbeitslosengeld und Arbeitsplatzsicherheit sind ebenfalls geeignet, Eltern mehr Möglichkeiten zu bieten.

b) Kinderfreundliches Umfeld

Verkehrsberuhigung, Maßnahmen für eine sichere Wohnumgebung, öffentliche Erholungsflächen wie Spielplätze, kindgerechte Vorkehrungen in Freizeiteinrichtungen und Einkaufszentren.

c) Gleichstellung der Geschlechter

Keine geschlechtsspezifischen Maßnahmen am Arbeitsplatz, geschlechtsneutrale Steuertransferleistungen einschließlich Sozialversicherung, Unterstützung von Berufstätigen mit Familienpflichten unabhängig von deren Geschlecht, Abbau der institutionellen Restbestände des

Familienerhaltermodells, Akzeptanz der Väter als Elternteil durch Dienstleistungserbringer sowie eine allgemeine Anerkennung und Unterstützung von Vätern als Elternteil.

d) Unterstützung für Ehe und Partnerschaft

Andere bereits aufgezählte politische Maßnahmen fördern zwar die Bildung von Partnerschaften unter den jungen Menschen, bedürfen aber auch unmittelbarer Initiativen. Paarkurse und -beratung können hilfreich sein. Auch wirtschaftliche Anreize für eine Eheschließung sind sinnvoll, zum Beispiel Wohnbeihilfen.

e) Förderung einer positiven Einstellung der Gesellschaft zu Kindern und Elternschaft

Hier bedarf es einer klaren und einfachen politischen Aussage, dass Menschen mit Kinderwunsch von der Gesellschaft unterstützt werden, ohne dadurch Ungleichheiten für die freiwillig oder unfreiwillig Kinderlosen entstehen zu lassen.

Quelle: Beitrag von Peter McDonald beim Sevilla-Seminar

Spielt die Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern beim Kinderwunsch von Einzelnen und Paaren eine Rolle?

Hinsichtlich dieser Fragestellung können wir laut Hans-Joachim Schulze zwei Formen der Aufgabenbewältigung unterscheiden.

- Im einen Fall wird klar zwischen den Aufgaben der Männer, die jeweils an ihre beruflichen Aktivitäten gebunden sind, und den Aufgaben der Frauen, die sich aus den familiären Pflichten ergeben, unterschieden. Es handelt sich hierbei um eine komplementäre Arbeitsteilung (Beruf einerseits, Familie andererseits).
- Im anderen Fall gibt es bei der Aufteilung von Versorgungs- und Erwerbsarbeit keinerlei Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Hier kann man von einer symmetrischen Aufgabenteilung sprechen.

Auf den ersten Blick ist allerdings nicht erkennbar, ob das eine oder das andere Szenario günstigere Auswirkungen auf die Fertilität hat. Die Antwort darauf hängt stark vom wirtschaftlichen und soziokulturellen Umfeld ab. Außerdem spielen die jeweils zur Anwendung kommenden familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine Rolle.

In den EU-Mitgliedstaaten ist festzustellen, dass selbst bei fehlendem Vorherrschen einer bestimmten Form der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen die komplementäre Form zusehends an Bedeutung verliert. Die Mehrzahl der Frauen möchte erwerbstätig sein und die familiären Pflichten mit ihrem Partner teilen. Dementsprechend steigt auch der Wunsch, die Haus- und Versorgungsarbeit gerecht aufzuteilen. In jenen Ländern, wo Frauen berufs-



tätig sein wollen, wo aber weder die politischen Maßnahmen noch der Beitrag der Männer zu den familiären Aufgaben sich spürbar verbessern, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Fertilität niedrig ist. Andererseits wird die Entscheidung zur Familiengründung dort wesentlich leichter zu verwirklichen sein, wo die Politik den Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und

Familie gewährleistet und wo die Männer stark in die familiären Aufgaben eingebunden sind.

Das bedeutet, dass der Modernisierungsprozess nicht notwendigerweise eine geringe Fertilität mit sich bringt. Ab einem gewissen – und in den EU-Ländern gegebenen – Niveau kann die Modernisierung unter bestimmten Bedingungen für die Fertilität sogar günstig sein. Am Beispiel der skandinavischen Länder ist ersichtlich, dass höhere Geburtenraten immer dann größere Realisierungschancen haben, wenn die Bemühungen um stetig wachsende Beschäftigung mit einer Politik einhergehen, die zumindest teilweise die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern fördert. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die gezielte Fertilitätsförderung bei Paaren und die Schaffung eines besseren Umfeldes für Kinder nur mittels modernisierter familienpolitischer Maßnahmen und alternativer Politiken bei der Kinderbetreuung erfolgen können, wie dies Sirpa Taskinen in ihrem Beitrag betonte. Außerdem bedarf es entsprechender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen.

Welche Politik soll verfolgt werden, und auf welchen Grundsätzen sollen die Maßnahmen beruhen?

Politische Maßnahmen zur Änderung des derzeitigen Fertilitätsniveaus müssen auf die Lebensplanung von Paaren Rücksicht nehmen. Der Versuch, die Reproduktionswünsche von Paaren zu ändern, läuft nicht nur den Wertvorstellungen unserer modernen Gesellschaften zuwider, sondern kann auch zu letztendlich unwirksamen politischen Maßnahmen führen. Das heißt, wir müssen die Ziele und Absichten der Menschen hinsichtlich des Kinderwunsches kennen – genauso wie die Gründe, die dazu führen, dass diese Ziele und Absichten nicht verwirklicht werden können.

Es wäre falsch zu glauben, dass die Fertilität einzig Sache der Frauen ist. Das Fertilitätsniveau ist das Ergebnis individueller (das heißt weiblicher und männlicher) „Strategien“ einerseits und von „Paarstrategien“ andererseits. Diese strategischen Entscheidungen hängen auch mit den Sorgen der Eltern um das Wohlergehen ihrer Kinder zusammen, was wiederum die Bedeutung des Staates und die Notwendigkeit seiner Einbindung in die Angelegenheiten von Familien und Kindern verdeutlicht. Deshalb können sich – wie Sheila Kameron in ihren abschließenden Kommentaren zur Tagung festhielt – sämtliche Maßnahmen zur Anhebung des



Christos Bagavos Nationaler Experte

Panteon Universität
Department of Social Policy and Social
Anthropology
Leof. Syngrou 136
GR-17671 Athen
Griechenland

Tel.: +30-1-320 17 33
Fax: +30-1-923 36 90
E-Mail: bagavos@panteion.gr
Internet: <http://www.panteion.gr/>

Wohlbefindens von Frauen, Männern, Kindern und Paaren nur günstig auf die Fertilität auswirken.

schaft gesehen werden soll, dürfen die beachtlichen politischen Maßnahmen nicht allein an der Einzelperson respektive am

„Kinderkriegen ist nicht nur Frauensache, sondern auch Ergebnis einer Paarstrategie“

Alle Bemühungen, durch politische Maßnahmen zur Realisierung der Nachwuchspläne von Paaren beizutragen, müssen die zwischen den einzelnen Staaten herrschenden Unterschiede berücksichtigen. So etwa unterscheiden sich die institutionellen Strukturen, die für die niedrige Fertilität mitverantwortlichen Faktoren, die angestrebten bevölkerungspolitischen Ziele sowie die indirekten und manchmal unerwünschten Auswirkungen derartiger Maßnahmen mitunter deutlich voneinander. Wenn die Fertilität zumindest teilweise als Herausforderung für die gesamte Gesell-

Paar ansetzen. Vielmehr müssen sie Teil der Gesellschaftspolitik werden.

Dementsprechend ist nach den für alle Politikfelder geltenden Grundsätzen der Einfachheit, Wirksamkeit, Angemessenheit und Zugänglichkeit vorzugehen. Um wirksam zu sein, bedarf eine entsprechende Politik eines Maßnahmenpakets, das in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ansetzt und sich nicht bloß in punktuellen Maßnahmen erschöpft, die vielfach das intendierte Ziel konterkarieren.



Claude Martin
Nationaler Experte

Centre de Recherches Administratives et Politiques CNRS
Institut d'Études Politiques de Rennes
Bld. de la Duchesse Anne 104
F-35700 Rennes
Frankreich

Tel.: +33-2-99 02 28 38
Fax: +33-2-99 02 28 66
E-Mail: cmartin@ensp.fr
Internet: <http://www.cnrs.fr/>

Beiträge zur Jahrestagung 2000: Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen

Eva Bernhardt	Frauenkarrieren zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung
Walter Bien	Wertewandel bei den künftigen Eltern Europas
David Coleman	Trends und regionale Unterschiede in den Fertilitätsraten Europas
John Ditch	Fertilität, sozialer Schutz und finanzpolitische Wohlfahrtsmaßnahmen
Juan Antonio Fernández Cordon und Giovanni B. Sgritta	Das südeuropäische Paradoxon
Constantinos Fotakis	Präsentation des Sozialberichts 2000
Anne H. Gauthier	Staatliche Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf Fertilität und Familien in Europa: Eine Analyse der Situation in den 15 Mitgliedstaaten
Wolfgang Lutz	Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die Realisierung des Kinderwunsches: Das Seminar 2000 als spezifischer Aspekt des Sozialberichts 2000
Peter McDonald	Das „Handwerkszeug“ staatlicher Maßnahmen zur Steuerung von Fertilität aus globaler Sicht
Maura Misiti	Die öffentliche Meinung und die Rolle der Medien
Jo Murphy-Lawless	Eine weibliche Sicht des Kinderkriegens: Herausforderungen, die kreative Lösungen erfordern
Bernhard Nauck	Soziale und wirtschaftliche Überlegungen bei der Realisierung des Kinderwunsches
Hans-Joachim Schulze	Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern und ihre Rolle bei der Realisierung des Kinderwunsches
Sirpa Taskinen	Alternative Kinderbetreuung und Fertilität

Die vollständigen Beiträge können von der Website der Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten heruntergeladen werden:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/family/observatory/home.html

Generationen- solidarität oder Generationen- ambivalenz?

Lebensgestaltung

Kommt es zu einem Krieg der Generationen?

Prof. Dr. Kurt Lüscher

Kommt es zu einem Krieg der Generationen? Fast möchte man es meinen, wenn man die Schlagzeilen der Medien liest, in denen von einer „Altersexplosion“ die Rede ist und davon, dass der Ausbau der Renten auf Kosten der Jungen geht. Umgekehrt scheinen die Alten für die Jungen Gruftis zu sein, und die Forderung: „Macht Platz, ihr Alten!“, wird erneut kolportiert. Dem stehen allerdings Berichte entgegen, wonach viele Ältere ihre Kinder und Enkelkinder regelmäßig unterstützen, sei es mit Geld oder Dienstleistungen, und umgekehrt betreuen viele Jüngere, namentlich Frauen, die pflegebedürftigen Eltern und Schwiegereltern. Das Gruppenbild der Generationen zeigt offensichtlich Licht und Schatten.

Auch im familiären Alltag machen viele die Erfahrung, dass Eltern und ihre erwachsenen Kinder keineswegs immer ein Herz und eine Seele sind. Es gibt Meinungsverschiedenheiten, und es kommt zu Konflikten. Man geht auf Distanz, ohne allerdings den Kontakt ganz abubrechen. Im Gegenteil: In regelmäßigen und oft langen Telefongesprächen nimmt man durchaus Anteil am Leben der anderen. Bei besonderen Anlässen, etwa an Weihnachten oder bei runden Geburtstagen, treten Nähe und Distanz, Einvernehmen und Meinungsunterschiede dann wieder besonders deutlich zu Tage.

Die Ambivalenz der Gefühle und Einstellungen und die Zwiespältigkeit der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern oder – allgemeiner gesprochen – zwischen Jung

und Alt bilden ein Thema, das in der Literatur in unzähligen Varianten abgehandelt wird. Es kann sich bis zu den Dramen um Liebe und Hass steigern, die beide Ausdruck einer schicksalhaften Verbundenheit sind.

Diese Dynamik im Verhältnis zwischen Generationen wird bereits in den Dichtungen der Antike geschildert. Die griechischen Götter als Väter und Söhne symbolisieren Konkurrenz, Unterdrückung und Rebellion – bis zu Mord und Totschlag. Uranos verbannt seine Söhne, die Kyklopen, in die Unterwelt. Doch diese, geführt von Kronos, entmannen ihn im Schlaf. Die Abenteuer des Oidipus veranschaulichen besonders eindringlich die schicksalhafte Verbundenheit von Vater und Sohn: Laios setzt seinen Sohn Oidipus aus, der später





unwissend seinen Vater ermordet. Diese Schicksale verweisen auf die offenbar unentzerrbaren Gegensätze zwischen Vater und Sohn. In der Literatur des 20. Jahrhunderts wird dieses Thema zum Beispiel in einer sich sogar beim Lesen einstellenden Zwiespältigkeit in der Erzählung „Die Verwandlung“ von Franz Kafka abgehandelt. Der Dichter selbst schreibt sich sein problematisches Verhältnis in einem Brief an seinen Vater von der Seele.

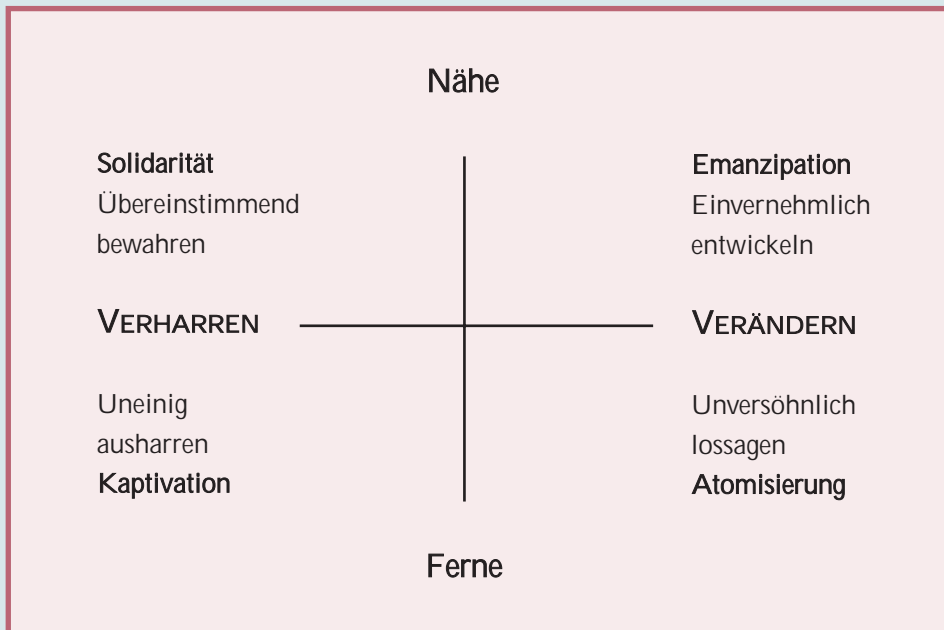
Ungeachtet dieses historischen Hintergrundes und der persönlichen Erfahrung stand bis jetzt in der Forschung und in der sich darauf beziehenden Gesellschaftspolitik die Idee der Generationensolidarität im Vordergrund. Das lässt sich bis zu einem gewissen Grad verstehen, wenn man bedenkt, dass in der politischen Rhetorik das, was ist,

und das, was sein soll, oft miteinander vermengt wird. Die Generationenbeziehungen oder ebenso die Familien werden dann zu Kristallisationspunkten von Solidarität. Daran wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gewissermaßen festgemacht. Sie sind Garanten der sozialen Integration. Spannungen und Konflikte erscheinen dementsprechend als unerwünscht, abweichend und destruktiv.

Im Unterschied dazu legt die Geschichte eine Sichtweise nahe, der die Auffassung zu Grunde liegt, die Gestaltung der Generationenbeziehungen – sei es in der Familie, sei es in der Gesellschaft – erfordere grundsätzlich den Umgang mit Zwiespältigkeiten. Diese können mehr oder weniger

offen erkennbar sein, unter gewissen Umständen zu Konflikten und Entfremdung führen, unter anderen Umständen jedoch überhaupt keine Rolle spielen. Was in welcher Weise und unter welchen Umständen zutrifft, ist durch Beobachtung und Forschung zu ermitteln. Das ist nicht immer leicht, denn das Eingeständnis zwiespältiger Gefühle und tief gehender Meinungsverschiedenheiten gilt überwiegend als sozial unerwünscht.

Dennoch haben wir im Rahmen der Arbeiten am Konstanzer Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“ in Zusammenarbeit mit dem Bronfenbrenner Life Course Center an der Cornell University und in der Folge in einem vom Transcoop-Programm geförderten internationalen Netzwerk diese Idee zum Ausgangspunkt von Forschungsar-



beiten und eines wissenschaftlichen Meinungsaustauschs gemacht (Lüscher/Pillemer 1998).

Was die theoretische Grundlegung betrifft, so nahmen wir zur Kennzeichnung der Leitidee das Konzept der Ambivalenz auf.

Es wird im Alltag ebenso wie in den Sozial- und Geisteswissenschaften verwendet, um die Erfahrung von Zwiespältigkeiten sowie des Hin-und-her-Schwankens zwischen Zuneigung und Abneigung, zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit oder zwischen Aufbruch zum Neuen und Verpflichtung gegenüber dem Alten auszudrücken. Wir erinnerten uns daran, dass dem Wort „Generation“ in seinem Kern eine damit verwandte Zweideutigkeit eigen ist. Es verweist einerseits auf die Gebundenheit innerhalb einer Abfolge, sozusagen der Generationenkette, andererseits darauf, dass immer auch Neues entsteht beziehungsweise hinzukommt – die nachfolgenden Glieder der Generationenkette. Ferner zogen wir in Betracht, dass Generationenbeziehungen mindestens zwei Dimensionen aufweisen. Wie alle sozialen Beziehungen beruhen sie auf einer den Personen eigenen subjektiven Sympathie (Nähe) oder Antipathie (Ferne), und sie sind eingebettet in soziale Strukturen und Institutionen, namentlich jene der Familie, in denen es Kräfte der Beharrung und der Veränderung gibt.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen entwarfen wir für eine erste Phase unserer For-

schungsarbeiten ein einfaches Modell zur Charakterisierung von Grundmustern einer möglichen Gestaltung der Generationenbeziehungen, das sich wie folgt präsentiert:

Dieses Schema legt nahe, Solidarität als eines von vier Grundmustern der Gestaltung von Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft zu verstehen. Es liegt dann vor,

wenn die Beziehungen zwischen den Generationen sich in Handlungen ausdrücken, die unter der Maxime „Übereinstimmendes Bewahren“ zusammengefasst werden können. Bei den Polen der Generationenambivalenz liegt das Gewicht eher auf der Erhaltung bestehender (familiärer) Strukturen, gleichzeitig besteht ein hohes Maß an persönlicher Sympathie respektive Nähe.

Geht diese einher mit einer stärkeren Gewichtung von Veränderung und besteht Übereinstimmung, dass die persönliche Entwicklung aller Beteiligten eine Maxime des gemeinsamen Handelns ist, kann man idealtypisch von Emanzipation sprechen.

Lebt man sich auseinander – sowohl hinsichtlich der persönlichen Einschätzung als auch der Auffassungen über die Lebensform –, kommt es hierbei womöglich zu Konflikten und zu einem – zeitweiligen – Abbruch der Beziehungen. Es liegt dann ein Muster vor, das man als ausgeprägte Individualisierung bezeichnen könnte. Da dieser Begriff allerdings vieldeutig ist, scheint es vorteilhaft von Atomisierung zu sprechen.

Schließlich verweist das Modell auf die Möglichkeit eines Typus der Gestaltung der Generationenbeziehungen, bei dem sich die Beteiligten wenig zu sagen haben, jedoch an



eine bestimmte Lebensform gebunden sind. Diesem Gefangensein entspricht die Kennzeichnung „Kaptivation“.

Wie alle Entwürfe dieser Art hat auch dieses Modell der Generationenambivalenz in erster Linie einen heuristischen Wert, das heißt, es ist darauf ausgerichtet, Beobachtungen und Forschungen anzuregen und die Daten zu ordnen, gleichzeitig aber, gestützt auf die Ergebnisse, die Analyse weiter voranzutreiben. Im Rahmen der Konstanzer Arbeiten geschah dies zunächst anhand einer Analyse von offenen Interviews mit Eltern und deren erwachsenen Kindern (insgesamt 103 Personen), wobei es um die Frage ging, wie sich Familien nach einer Scheidung reorganisieren. Die Ergebnisse, die im Wesentlichen das Modell in den Grundzügen bestätigen, sind mittlerweile veröffentlicht (Lüscher/Pajung-Bilger 1998). Gestützt darauf wurde eine quantitative Untersuchung bei 52 erwachsenen Kindern und 72 Eltern in typologisch ausgewählten Familien durchgeführt (Lüscher/Pajung-Bilger/Lettke/Böhmer 2000). Analoge Erhebungen fanden bis jetzt in Ithaca (NY) und in Bern statt. Die Auswertungen sind noch im Gang. Erste Daten liegen mittlerweile von der Konstanzer Untersuchung vor. Sie zeigen folgende Ergebnisse (Lettke/Lüscher 2000):

- Nur eine Minderheit von einem Fünftel der Eltern und erwachsenen Kinder berichtet, sich in ihrem gegenseitigen Verhältnis nie hin und her gerissen zu fühlen. Fast alle haben sich Gedanken über Zwiespältigkeiten gemacht. Überraschenderweise werden diese von der Hälfte gleichermaßen positiv und negativ bewertet.
- In der Erfahrung häufigen Hin-und-her-Gerissenseins unterscheiden sich die Generationen und die Geschlechter: Zwischen Vätern und Töchtern gibt es mehr Ambivalenzen als zwischen Vätern und Söhnen. Am geringsten sind sie im Urteil der Söhne über die Beziehung zur Mutter, doch berichten Mütter im Verhältnis zu ihren Söhnen häufigeres Hin-und-her-Gerissensein als zu den Töchtern.
- Die Ambivalenzen in der institutionalen, die strukturelle Verbundenheit betreffenden Dimension sind ausgeprägter als in der personalen Dimension.
- Die Erfahrung vermehrter Generationenambivalenzen geht einher mit der allgemeinen Einschätzung geringerer Beziehungsqualität, was durchaus einleuchtet.

Literaturhinweise

Lüscher, Kurt/Pajung-Bilger, Brigitte:

Forcierte Ambivalenzen. Ehescheidung als Herausforderung an die Generationenbeziehungen unter Erwachsenen. Konstanz 1998. (Universitätsverlag)

Lüscher, Kurt/Pillemer, Karl:

Intergenerational Ambivalence. A New Approach to the Study of Parent-Child Relations in Later Life. In: Journal of Marriage and the Family 60 (1998), S. 413–425.

Lüscher, Kurt/Lette, Frank:

Wie ambivalent sind Generationenbeziehungen? (Vortrag am Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Köln 2000 [vervielfältigt])

Doch es gibt auch Hinweise, dass dieser Zusammenhang nicht linear ist, was mit der gemischten Einschätzung von Zwiespältigkeiten vereinbar scheint.

Welche Zwischenbilanz lässt sich an dieser Stelle ziehen? Zunächst ist festzuhalten: Die Forschungsperspektive der Generationenambivalenz verzichtet auf die normativen Vorgaben, die – oft unbeachtet – in vielen jener Analysen enthalten sind, die Solidarität als eine wesensmäßige Eigenschaft annehmen oder als Ziel betrachten. Demgegenüber steht die Einsicht im Zentrum, dass das Verhältnis zwischen den Generationen als eine gleichermaßen individuelle und gesellschaftliche Aufgabe der Gestaltung von Beziehungen zu verstehen ist.

Als anthropologisch begründbare Aufgabe ist die Gestaltung der Generationenbeziehungen entsprechend den sich wandelnden gesellschaftlichen Kontexten historisch immer wieder neu zu bedenken, zu analysieren und zu deuten. Dabei ist der Umgang mit Zwiespältigkeiten und den damit einhergehenden Konflikten ein Teil der Aufgabe. Das zu sehen ist wichtig im Blick auf die Politikberatung. Vor Idealisierungen wird gewarnt!

Man kann auch erwägen, die Frage des Umganges mit Ambivalenzen auf weitere Aspekte der Familiendynamik zu übertragen. Besonders nahe liegend scheint dies für die Prozesse des generativen Handelns, eingeschlossen das Phänomen der Kinderlosigkeit. Ebenso verlangen Trennungen und Scheidungen den Umgang mit Ambivalenzen. Unter der plausiblen Annahme, dass es Gleichförmigkeiten in der Gestaltung familialer und gesellschaftlicher Generationenbeziehungen gibt, kann man das Modell der

Generationenambivalenz makrosoziologisch interpretieren. Der Blick auf Widersprüche macht es anschlussfähig für Theorien, in denen die unübersehbaren Spannungen in und zwischen den Prozessen der Modernisierung thematisiert werden.

Die Forschungsergebnisse bestätigen den engen Zusammenhang zwischen Generation und Geschlecht (zwischen *gender* und *generation*). Beides beruht auf der strukturellen Tatsache und der persönlichen Erfahrung polarer Differenzen, die sich nicht aufheben lassen und darum stets – wenngleich mit unterschiedlichen Ausprägungen – grundlegend für die Konstitution von Identitäten sind und den Nährboden für gesellschaftliche Ungleichheiten bilden. Darum kann man – die vorgelegten Analysen weiterführend – annehmen, dass es unterschiedliche Strategien im Umgang mit Ambivalenzen gibt: einengende und befreiende. Der bewusste gestalterische Umgang mit Ambivalenzen beinhaltet also keineswegs nur Belastungen, sondern auch Chancen der Innovation und der Entwicklung – der personalen ebenso wie der gesellschaftlichen.

Kurt Lüscher

Universität Konstanz
Sozialwissenschaftliche Fakultät,
FG Soziologie

Universitätsstr. 10, Postfach 55
D-78434 Konstanz
Deutschland

Tel.: +49 7531 88 2670

Fax: +49 7531 88 3038

E-Mail: Kurt.Luescher@uni-konstanz.de

LoveTalks®: Ein bewährtes Modell der Sexualpädagogik für Europa

Prävention

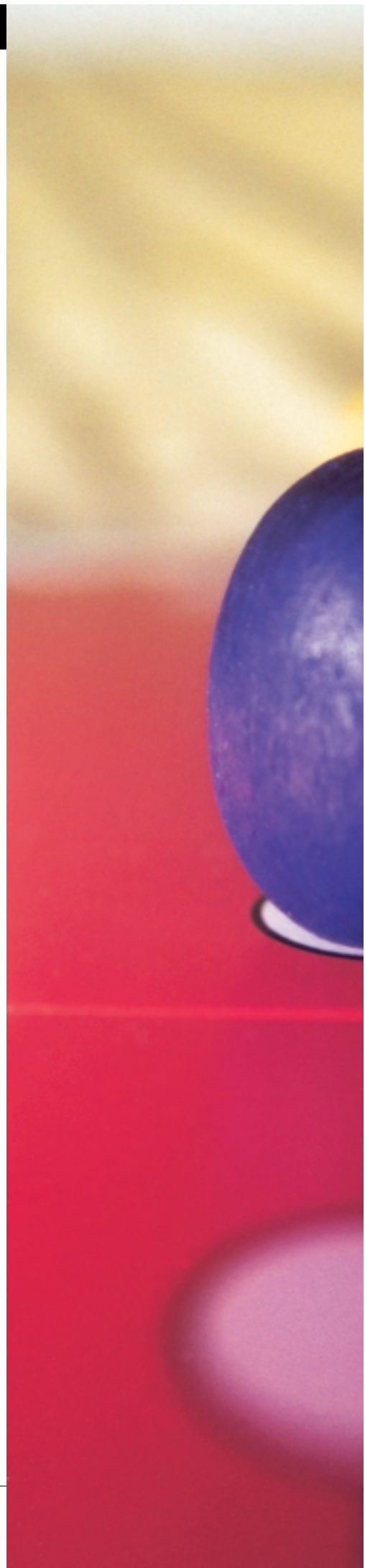
Studien in Österreich haben gezeigt, dass *die* Herausforderung in der Sexualerziehung die Förderung der Kommunikationsfähigkeit ist. Das in Österreich entwickelte präventive Modell LoveTalks® wird dieser Fragestellung gerecht.

Dr. Brigitte Cizek, Dipl.-Soz.-Päd. Olaf Kapella, Mag. Maria Steck

Das gibts doch gar nicht – daheim beziehungsweise in der Schule stellt er/sie nie solche Fragen.“ Von solchen und ähnliche Reaktionen der Eltern und LehrerInnen berichten sexualpädagogische ModeratorInnen im Rahmen von LoveTalks®, wenn sie den Erwachsenen die anonym erhobenen Fragen der Kinder und Jugendlichen zur Sexualität präsentieren. Unabhängig davon, ob LoveTalks®-

ModeratorInnen in Österreich, Deutschland, Tschechien oder Italien arbeiten, zeigt sich, dass – unabhängig vom Alter und der Schulform – viele und grundlegende Fragen zur Sexualität unbeantwortet sind.

So liest man beispielsweise auf den anonymen ‚Fragezetteln‘ der Grundschulkinder: „Wie kommt das Baby in den Bauch?“, „Wie entstehen Kinder eigentlich?“, „Tut Sex weh?“, „Warum haben Frauen einen Busen?“, „Was ist ein Kondom?“, „Warum



heiratet ein Mensch?“, „Was ist eigentlich Liebe?“, „Warum spinnt der Mann bei der Geburt?“, „Warum streiten meine Eltern so viel?“, „Warum ist das fast allen peinlich, wenn es um Aufklärung geht?“, oder: „Geht man mit einer Freundin in den Stripkurs?“

13-, 14-jährige SchülerInnen wollen unter anderem Folgendes wissen:

„Wie kann ich herausfinden, ob er mich auch liebt?“, „Wie spricht man ein Mädchen am besten an?“, „Ich bin so verliebt (seit drei Wochen). Sie ist es auch, sagt sie. Soll ich sie fragen? Ich schäme mich so“, „Ich habe mich total verknallt in ein Mädchen, traue mich aber nicht, es ihr zu sagen. Was soll ich machen?“, „Ich habe solchen Liebeskummer“, „Wie weiß man, dass eine die ‚Richtige‘ ist?“, „Küsst man auch Pickelgesichter?“, „Ein Mann bekommt einen Steifen – und die Frau?“, „Kann beim Masturbieren die Vorhaut reißen?“, „Was passiert, wenn die Frau das Sperma schluckt?“, „Wie fühlt sich ein Orgasmus an?“, „Mir ist es oft peinlich, vor anderen Leuten oder auch nur in der Familie das Wort ‚Sex‘ auszusprechen. Ist das normal?“, „Wenn man schwul ist – wie schreibt man seinem Freund einen Brief?“, „Kann man beim Küssen Krankheiten übertragen?“, „Ab wie viel Jahren kann man Sex haben?“, „Tut das erste Mal weh?“, „Ist es schädlich oder macht es impotent, wenn ich vor dem Sex heiß dusche?“, „Was ist das beste Verhütungsmittel?“, „Schützt die Pille vor Aids?“, oder: „Sind Abtreibungen schädlich für die Gesundheit?“

Kurt Loewit, Universitätsprofessor für medizinische Psychologie und Psychotherapie an der Universität Innsbruck, bemerkt diesbezüglich: „Auf keinem anderen lebenswichtigen Gebiet bleiben Elternhaus und Schule den Heranwachsenden so viel schuldig, überlassen sie so sehr sich selbst und dem unkontrollierten Einfluss zum Teil gefährlicher Miterzieher, lassen sie so schlecht vorbereitet ins Leben stolpern wie auf dem der Sexualität.“

Ist das Thema Sexualität also trotz sexueller Revolution und medialer Präsenz nach wie vor ein Tabu?

Brigitte Cizek, Projektleiterin des Modells LoveTalks®, meint in diesem Zusammenhang: „Unserer Erfahrung nach sind es meist nicht Wissensdefizite der Erwachsenen, die es ihnen erschweren mit Kinder und Jugendlichen über Sexualität zu sprechen. Die Schwierigkeit liegt vielmehr in der Kommunikation. Eltern und LehrerInnen sind häufig unsicher darin, wie sie mit den Kindern und Jugendlichen über Sexualität

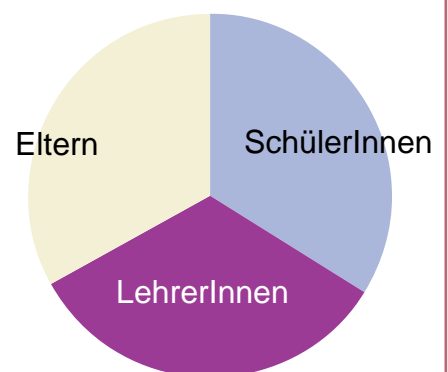
sprechen sollen. Die Überwindung dieser Sprachlosigkeit ist das Ziel des sexualpädagogischen Ansatzes im präventiven Modell LoveTalks®.“

LoveTalks® – ein dreistufiges Modell der Sexualpädagogik (Ablaufplan siehe unten) – schafft für alle, die am Thema beteiligt sind, also Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen, einen geschützten Raum, in dem der kommunikative Austausch zu sexualpädagogischen Themen gefördert wird.

Was ist LoveTalks®?

LoveTalks® ist ein präventives Modell der Sexualpädagogik mit dem Ziel, Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen auf dem sensiblen Gebiet der Sexualpädagogik miteinander ins Gespräch zu bringen. LoveTalks® wurde von Brigitte Cizek und Helmuth Schattovits auf der Basis von Ergebnissen einer Studie über die Bedürfnisse schulischer und familiärer Sexualerziehung entwickelt. Brigitte Cizek: „Wir sehen alle TeilnehmerInnen als ExpertInnen im Bereich der Sexualpädagogik an. Das heißt, Erfahrungen und Wünsche aller – egal, ob Eltern, SchülerInnen oder LehrerInnen – werden von uns ernst genommen, berücksichtigt und gleichberechtigt behandelt.“ Im Rahmen der Gespräche zwischen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen ist es von großer Bedeutung, die Intimsphäre jedes/jeder Einzelnen zu schützen. Diese ge-

1: Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen: Partner in der Sexualerziehung





le Hilfe wie zum Beispiel eine Familienberatungsstelle auf (*Tertiärprävention*).

Nach dem Motto „Miteinander reden – voneinander lernen“, zeigt sich, dass LoveTalks® ein beispielgebendes Modell der Prävention für eine partnerschaftliche Schule und die Überwindung der Sprachlosigkeit auf dem Gebiet der Sexualerziehung ist.

Wie läuft LoveTalks® in der Praxis ab? – Die drei Stufen des Kommunikationsprozesses

Die Entscheidung für das Modell Eine ModeratorIn präsentiert in der *LehrerInnenkonferenz*, am Elternabend und in einem *SchülerInnengespräch* das Modell und lädt zu fünf *Arbeitskreistreffen* ein. Die SchülerInnen können entwicklungsbedingt erst ab 15 Jahren direkt in den Arbeitskrei-

Gespräch und lernen die Sichtweisen voneinander kennen. Bei den *letzten beiden Treffen* wird gemeinsam das Projekt der schulischen Sexualerziehung geplant und erarbeitet.

Die/der externe ModeratorIn unterstützt die Zusammenarbeit durch Methodik und Fachwissen und schafft so die Basis für ein positives Gesprächsklima.

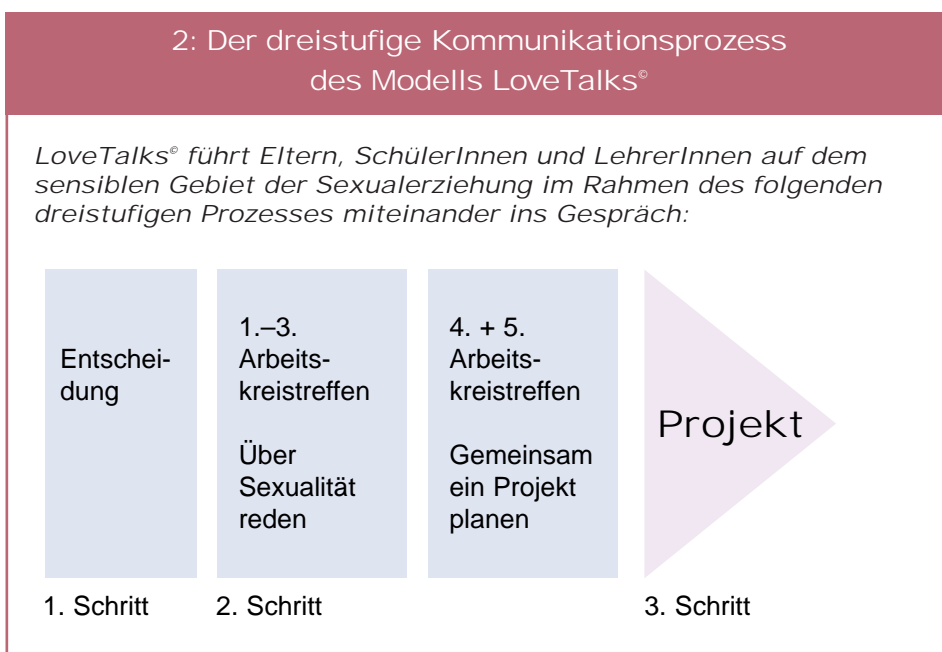
Das Projekt Von Schule zu Schule sind die Projekte sehr unterschiedlich. Zur Orientierung einige Beispiele: Workshops zu „Liebe und Partnerschaft“, „Schwangerschaft und Geburt“, „Verhütung“, „Grenzen setzen“, „In andere Rollen schlüpfen“; Exkursionen zum Frauenarzt, auf eine Geburtenstation, in eine Familienberatungsstelle oder eine Podiumsdiskussion über Homosexualität und vieles mehr. Dass auch kreative Ideen Platz in der Projektplanung haben, zeigten LoveTalks®-Projekte, in denen zum Beispiel Grundschulkinder ein Aufklärungsbuch für Kinder gestalteten oder Jugendliche ihre eigene Aids-Broschüre oder einen eigenen Computertest entwickelten, um Wissen über Verhütungsmittel und Sexualität abzufragen. Die sexualpädagogischen ModeratorInnen

schützte Atmosphäre zu ermöglichen und ein offenes Gesprächsklima entstehen zu lassen ist die Aufgabe eines/einer geschulten, externen sexualpädagogischen ModeratorIn.

Ausgangspunkt von LoveTalks® sind die aktuellen Bedürfnisse der TeilnehmerInnen und die spezifische Situation der jeweiligen Schule. Die sexualpädagogischen ModeratorInnen orientieren sich mit der inhaltlichen Gestaltung der Arbeitskreise zum Modell LoveTalks® an den Themen, Fragen und Anliegen der TeilnehmerInnen.

Prävention im Bereich der Sexualität ist ein weiteres wesentliches Anliegen von LoveTalks®. Evaluationsstudien zeigen, dass LoveTalks® tatsächlich auf allen drei Ebenen der Prävention (nach Caplan) wirksam wird:

- Im Sinne der *Primärprävention* wird bei LoveTalks® das Bewusstsein aller TeilnehmerInnen sensibilisiert, indem sie lernen, mit Beziehung und Sexualität sorgsam umzugehen, zu reflektieren und darüber zu sprechen.
- Während der konkreten Arbeit ist die Früherkennung von psychosozialen respektive medizinischen Problemen möglich (*Sekundärprävention*).
- In einigen Fällen suchen TeilnehmerInnen im Anschluss an LoveTalks® institutionel-



sen teilnehmen. Die Fragen und Bedürfnisse der jüngeren SchülerInnen werden in die Arbeitskreistreffen eingebracht.

Die Arbeitskreistreffen Bei den ersten *drei Treffen* kommen Eltern, OberstufenschülerInnen und LehrerInnen zu unterschiedlichen Themen miteinander ins

des Modells LoveTalks® werden vom Österreichischen Institut für Familienforschung ausgebildet. Das Curriculum umfasst ein Jahr und richtet sich ausschließlich an Personen mit facheinschlägiger Berufsausbildung (beispielsweise PsychologInnen, MedizinerInnen, PädagogInnen, SozialpädagogInnen).



(Südtirol) und Deutschland werden mit dem Modell neue Wege in der Sexualpädagogik beschritten.

Österreich

LoveTalks® wird seit 16 Jahren erfolgreich in der schulischen Sexualpädagogik allen Schultypen angeboten. Die wissenschaftliche Begleitung in Form einer kontinuierlichen

Evaluierung führt ein SoziologInnen-Team des Österreichischen Instituts für Familienforschung

(ÖIF) durch. Das Modell wurde hinsichtlich unterschiedlicher Fragestellungen mehrmals extern evaluiert, etwa vom Institut für Psychologie in Wien und den Pädagogischen Akademien. Seit

Jänner 1999 ist LoveTalks® in Österreich ein anerkanntes Modell der schulinternen LehrerInnenfortbildung (SCHILF).

Um ein flächendeckendes Angebot des Modells für ganz Österreich zu ermöglichen, wurden für jedes Bundesland zuständige Netzwerkknoten eingerichtet, deren Sitz in den staatlich geförderten Ehe- und Familienberatungsstellen ist. Bisher wurden zirka 170 ModeratorInnen in sieben Lehrgängen ausgebildet. Die Tätigkeit der ModeratorInnen unterliegt einer intensiven Qualitätskontrolle. Die Teilnahme an regelmäßigen Supervisionen, Fachfortbildungen sowie an der begleitenden wissenschaftlichen Evaluierung stellt die Bedingung zur Aufrechterhaltung des Zertifikats dar.

LoveTalks® kann dank der Förderung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen sowie des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur österreichweit an allen Schultypen kostenlos angeboten werden.

Wo kommt LoveTalks® überall zum Einsatz?

Mittlerweile wird LoveTalks® in Österreich für alle Schulstufen und -formen angeboten. In Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Salzburg, einem Verein für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, konnte das Modell für den sonderpädagogischen Bereich adaptiert und implementiert werden. Derzeit wird die Erweiterung von LoveTalks® auf den Kindergartenbereich im Rahmen einer Pilotstudie erprobt.

Neben der institutionellen Ausweitung des Modells konnte LoveTalks® erfolgreich in anderen europäischen Ländern Fuß fassen. Ausgehend von Österreich wurde das Modell im Rahmen des EU-Programms „Sokrates Comenius 3.1“ für den europäischen Raum vorbereitet. Derzeit wird LoveTalks® erfolgreich in Deutschland, Italien und der Tschechischen Republik eingesetzt.

Für die Tschechische Republik bedeutet die Einführung von LoveTalks® den (Neu-)Beginn der Sexualpädagogik. In Italien

Statistik und Evaluation Österreich

Seit Einführung der wissenschaftlichen Begleitung des Modells LoveTalks® im Schuljahr 1996 nahmen bis Ende 2000 1038 LehrerInnen, 2890 Eltern und 681 SchülerInnen an insgesamt 243 moderierten Arbeitskreisen teil. Im Rahmen der schulischen Sexualerziehungsprojekte wurden insgesamt 10.792 SchülerInnen erreicht.

Folgender Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen der aktuellen Evaluation zeigt die Zufriedenheit der TeilnehmerInnen:

- Positiv erlebt wurde die direkte Kommunikation zwischen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen. Dies hat positive Auswirkung auf eine über die Arbeitskreise hinausgehende Zusammenarbeit zwischen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen. So meldete eine Person beispielsweise zurück: „Die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten funktionierte gut. Mir hat vor allem die offene und vertrauensvolle Atmosphäre gefallen.“
- Mehr als drei Viertel der TeilnehmerInnen bewerteten die ModeratorInnen bei der Leitung der Arbeitskreise, in der inhaltlichen Bearbeitung der Themen und im persönlichen Umgang durchgehend mit „sehr gut“. So meinte beispielsweise eine Person: „Die Moderatorin konnte fundiert, offen und einfühlsam über alle Themen sprechen. Einfach prima!“
- Den TeilnehmerInnen wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern es wird ihnen dieses auch in einer – für ihre jeweilige Rolle als Eltern, LehrerIn, SchülerIn – passenden Form präsentiert, die nicht als bevormundend und belehrend, sondern als begleitend erlebt wird. Eltern fühlen sich durch die Arbeitskreistreffen sicherer und besser im Stande, Fragen von Kindern zu beantworten. LehrerInnen gaben an, Anregungen für eine bessere Unterrichtsgestaltung zu diesem Thema zu erhalten. SchülerInnen betonten, dass sie Antworten auf ihre Fragen erhielten und weiter zum Nachdenken angeregt wurden. Als persönlichen Profit nannte eine Person: „Man geht offener mit dem Thema Sexualität um. Das Reden mit anderen fällt leichter.“

D eutschland

In Deutschland wurde die Umsetzung von LoveTalks® von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) initiiert, die bereits seit 1992 in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags (§ 1 SFHG) zielgruppenspezifische Konzepte und Maßnahmen für eine ganzheitliche Sexuaufklärung entwickelt. Gemeinsam mit Kooperationspartnern führt die BZgA Modellprojekte zur Sexuaufklärung und Familienplanung in Deutschland durch und versucht, diese dann zu implementieren. Die Evaluation solcher Projekte ist für die BZgA obligatorisch.

Der erste Kontakt zwischen BZgA und LoveTalks® entstand 1996 im Rahmen des Informationsaustausches auf internationalen Kongressen sowie durch die Kooperation beim EU-Programm „Sokrates“. Mit dem Österreichischen Institut für Familienforschung war ein Partner gefunden worden, der auch für die notwendige wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes sorgen konnte. „Für die BZgA waren das Besondere an LoveTalks® die Möglichkeit, die relevanten Zielgruppen im Kontext Schule, also Eltern, SchülerInnen und Lehrpersonen, zu erreichen und der kommunikative Ansatz des Modells. Seitens der BZgA wurde auch schon vorher Aus- und Fortbildung für MultiplikatorInnen angeboten, aber mit LoveTalks® gelingt es, eben auch die überaus wichtige Zielgruppe Eltern zu erreichen.“

Auf Basis einer Machbarkeitsstudie wurde LoveTalks® 1998 als Modellprojekt in Bayern (Träger: Sozialdienst Katholischer Frauen), Berlin (Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport) und Sachsen-Anhalt (Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit) gestartet. Diese drei Bundesländer waren ausgesucht worden, um LoveTalks® in möglichst unterschiedlichen Kontexten zu erproben. Dabei hat sich gezeigt, dass sowohl im Flächenland Bayern als auch in Berlin und in einem neuen deutschen Bundesland LoveTalks® auf einen hohen Bedarf und viel Interesse gestoßen ist. Gerade in Berlin hat das große mediale Echo den Bedarf an einer qualitativ hochwertigen Sexualerziehung bestätigt. Der Erfolg von LoveTalks® ist durch die umfassende Dokumentation der Modellphase und insbesondere durch die Erhebungen über die Bewertung der ModeratorInnen klar dokumentiert. Die Finanzierung dieser Modellphase durch die BZgA läuft im zweiten Quartal 2001 aus. Dann muss sich das Projekt LoveTalks® zum Teil frei finanziert bewähren. Alle



Sexualerziehung in der Schule immer den einzelnen Menschen und sein Umfeld berücksichtigen muss. Auf Basis der themenzentrierten Interaktion (TZI) – ein gruppendynamisches Verfahren der humanistischen Psychologie, das auf lebendiges Lernen, auf ganzheitliches Lernen abzielt – setzte sich die Arbeitsgruppe das Ziel, den einzelnen Menschen, die Gruppe respektive die Klasse, das Wissen über Sexualerziehung und das gesellschaftlichen Umfeld gleichrangig zu bewerten. Die Konsequenz dieses Ansatzes bestand darin, bei der Planung und Durchführung von schulischen Sexualerziehungsprojekten auch die Eltern einzubeziehen.

Beteiligten sind davon überzeugt, dass LoveTalks® das sicherlich gelingen wird.

S üdtirol

Mitte der Neunzigerjahre richtete die Dienststelle für Gesundheitserziehung des Deutschen Schulamtes in Bozen (Südtirol) eine Arbeitsgruppe ein, um Vorschläge für mögliche Formen der schulischen Sexualerziehung auszuarbeiten. Wesentliches Ergebnis dieser Arbeitsgruppe war die Erkenntnis, zwischen Sexuaufklärung und Sexualerziehung deutlich zu trennen: Sexuaufklärung ist demnach reine Wissensvermittlung, während eine ganzheitliche

LoveTalks® lernte das Deutsche Schulamt in Bozen 1997 im Rahmen eines EU-„Sokrates“-Projektes kennen, und das Modell bot mit seinen strukturierten Arbeitskreistreffen einen guten Rahmen für die Einbeziehung der Eltern. Das Südtiroler Schulamt entschied sich daher, die Ausbildung der ModeratorInnen zum Modell LoveTalks® anzubieten, da diese Projektarbeit das vorrangigste Ziel der ganzheitlichen Sexualerziehung in Südtirol – die Zusammenarbeit mit den Eltern – gut unter-





stützt. Erste Erfahrungen zeigen, dass dieses Konzept aufgeht. Die treibende Kraft sind mittlerweile oft die Eltern, die sich dafür einsetzen, dass das Modell an der Schule ihrer Kinder durchgeführt wird. Die Eltern nehmen also dieses Angebot gut an. Die LehrerInnen ihrerseits schätzten die Unterstützung von Seiten der Eltern und der Schulleitung sehr. Dadurch können sie sich intensiv der Arbeit – in den Arbeitskreisen und bei der Durchführung der Projekte – widmen. Annalies Tumpfer-Staffler vom Deutschen Schulamts/Dienststelle für Gesundheitserziehung in Bozen: „Lehrer und Lehrerinnen sowie Eltern reagieren bei der Vorstellung des Modells meist gleichermaßen positiv, da sie die konstruktiven Möglichkeiten der Zusammenarbeit rasch erkennen.“

Tschechische Republik

Die Motivation in der Tschechischen Republik, ein Projekt zur Ausbildung von Moderatoren für die Sexualerziehung zu starten und zu unterstützen, ergab sich aus

den grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges vor zehn Jahren.

Vor 1989 war die Gesellschaft stark auf traditionelle Familienwerte konzentriert. Es gab eine klare Rollenverteilung in der Familie und in Beziehungen. Die Jugend wurde mangelhaft aufgeklärt, man bekam sehr jung Kinder, der erste Geschlechtspartner wurde häufig geheiratet. Sex war ein Tabuthema, über das man zwar Witze machte, aber worüber besonders mit Kindern und Jugendlichen wenig gesprochen wurde.

Die LehrerInnen, die unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen aufgewachsen sind, begegnen an den Schulen heute Jugendlichen, die freilich ganz anderen Einflüssen ausgesetzt sind. Tschechien gehört mittlerweile zu den europäischen Ländern mit der höchsten Prostitutionsrate. Die neuen Möglichkeiten in der Familienplanung, aber auch die Emanzipation haben zu einem großen Geburtenloch in der Generation der 20- bis 30-Jährigen geführt. Die TschechInnen gründen heute wesentlich später Familien, die Rollenaufteilung ver-

schiebt sich rasant, man lebt freier, selbstständiger und eigenverantwortlicher. Auch Sex ist zu einem Thema geworden, dem man in weiten Teilen des alltäglichen Lebens begegnen kann. Die alten Tabus und Hemmungen haben sich aber nicht genauso schnell aufgelöst.

Insofern ist in dieser Gesellschaft im Umbruch ein Vakuum entstanden. Kaum jemand bietet der Jugend entsprechende Verarbeitungsmechanismen für Fragen der Sexualität und des Sexuallebens an. Nicht zuletzt aus diesen Überlegungen hat auch das tschechische Schulministerium die Sexualerziehung zu einer der Prioritäten bei den Unterrichtsprinzipien und in der LehrerInnenfortbildung erklärt. Die LehrerInnen sollen zeitgemäß auf die neuen Unterrichtsthemen und die gesellschaftlichen Fragen vorbereitet werden. Das Modell LoveTalks® des ÖIF bot flexible Möglichkeiten und vor allem den notwendigen Spielraum für maßgeschneiderte Projekte. Die Idee, ModeratorInnen auszubilden, die dann als Fremde von außen in die Schule kommen, keine Vorbelastungen mitbringen und demnach mit der nötigen sachlichen Distanz dieses Tabuthema aufgreifen kön-

nen, erschien auch den tschechischen Behörden als sehr erfolgversprechend. Die Ausbildung selbst wurde vom Verein Kulturkontakt unterstützt. In erster Linie aus finanziellen Gründen wurde die Ausbildung etwas modifiziert und in einen theoretischen und einen praktischen Teil gegliedert. Für die Berechtigung, als ModeratorIn zu arbeiten, benötigt man aber beide Ausbildungsteile. Die erste Phase der Ausbildung ist in der Zwischenzeit abgeschlossen, die TeilnehmerInnen befinden sich in der Praxisphase. Sie sind voll in das Projekt eingestiegen und von der Umsetzbarkeit des Modells überzeugt. Offene Fragen gibt es noch im organisatorisch-praktischen und im finanziellen Bereich. Die Leiterin des Projektes Brigitte Sorger: „Insgesamt stellt das österreichische Modell LoveTalks® inhaltlich und strukturell ein gut geeignetes Vorbild für den Aufbau des tschechischen Modells der Sexualerziehung in den Schulen dar, muss aber in einer sich stark verändernden Gesellschaft erst seine passende Form finden.“

International

Aufgrund der großen Nachfrage wird das Modell LoveTalks® vom Österreichischen Institut für Familienforschung auf weitere europäische Länder ausgeweitet. Wie die länderspezifischen Berichte zeigen, wurde LoveTalks® unter verschiedenen äußeren Rahmenbedingungen durchgeführt. Die Struktur des gesamten LoveTalks®-Prozesses hat sich in allen Ländern, wo LoveTalks® bisher erprobt wurde, als positiv erwiesen. Auf der einen Seite vermitteln die klare Struktur von LoveTalks® und das Miteinander aller beteiligten Dialoggruppen den

AutorInnenbiografie

Dr. Brigitte Cizek

Klinische- und Gesundheitspsychologin, Sexualpädagogin, Sexualmedizinerin und -therapeutin; Entwicklung des sexualpädagogischen Modells LoveTalks®, Leitung der sexualpädagogischen ModeratorInnenbildung; ÖIF in Wien, Leitung der Beratungsstelle Horizonte in Wien.

Beratungsschwerpunkte: sexuelle Gewalt und Sexualität allgemein.

Dipl.-Soz.-Päd. Olaf Kapella

Diplomierter Sozialpädagoge, Sexualpädagoge, Trainer im Rahmen der sexualpädagogischen ModeratorInnenbildung zum Modell LoveTalks®; ÖIF in Wien.

Beratungsschwerpunkte im Institut Horizonte, Wien: Männer, Sexualberatung, HIV und Aids.

Mag. Maria Steck

Psychologin, Klinische- und Gesundheitspsychologin i. A., Sexualpädagogin, Mediatorin; ÖIF in Wien, Kinderschutzzentrum in Wien.



Maria Steck

Wir danken für die Mitwirkung

Birgit Gaschina-Hergarten, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, Deutschland.

Dr. Brigitte Sorger, Brno, Tschechische Republik

Annalies Tumpfer-Staffer, Deutsches Schulamt, Bozen, Italien.

TeilnehmerInnen Sicherheit auf dem heiklen Gebiet der Sexualpädagogik. Auf der anderen Seite lässt das Modell genügend Raum für das Einbringen individueller Bedürfnisse wie beispielsweise die Wahl der Themen, zu denen sich die ArbeitskreisteilnehmerInnen austauschen wollen, oder die Inhalte des schulischen Sexualerziehungsprojektes.

Durch dieses Grundprinzip einer bedürfnisorientierten Vorgehensweise ist LoveTalks® auch auf andere Länder erweiterbar. In diesem Sinne wurde LoveTalks® im Rahmen einer Machbarkeitsstudie unter dem Aspekt von Reproductive Health für die Erprobung in Afrika vorbereitet und soll auch dort in einem Pilotprojekt umgesetzt werden.



Brigitte Cizek, Olaf Kapella

Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten, Österreichisches Institut für Familienforschung,

Gonzagagasse 19/8

A-1010 Wien

Österreich

Tel.: +43-1-535 1454 - 10 bzw. 20

Fax: +43-1-535 1455

E-Mail: Brigitte.Cizek@oif.ac.at

Oluf.Kapella@oif.ac.at





Familienkompetenzen – innovative Wiedereinstiegs-hilfe

Best-Practice-Modell

Nicht nur die Familienarbeit, sondern auch die in der Familienarbeit trainierten Schlüsselkompetenzen verdienen mehr Beachtung in Gesellschaft und Wirtschaft. Ein innovatives Coaching-Programm soll Frauen nach der Kinderpause den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtern.


Mag. Doris Palz

Die Zeit der Kinderbetreuung und der intensiven Familienarbeit wird von den meisten Arbeitgebern, aber auch von den daheim gebliebenen Elternteilen – meist den Müttern – als nicht berufs- beziehungsweise karriererelevant gesehen. Während des Daheimbleibens (der Familienarbeit) würden – so die noch vorherrschende Meinung – weder Lerneffekte erzielt noch Kompetenzen trainiert respektive erworben, die für das Berufsleben von Bedeutung sind. Im Bereich des ehrenamtlichen Engagements von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat in der Arbeitswelt bereits ein

Umdenkprozess eingesetzt, und derartige außerberuflich erworbene Kompetenzen spielen bei der Beurteilung von Bewerberinnen und Bewerbern eine wachsende Rolle, doch die Familienarbeit wird in ihrer Bedeutung für das persönliche Kompetenzprofil heute zu Unrecht noch kaum berücksichtigt. Studien zeigen, welche Fähigkeiten während der Familienphase trainiert werden:

- Kommunikationsfähigkeit
- Organisationsfähigkeit
- Konfliktfähigkeit
- Durchsetzungskraft
- Flexibilität



- 
- Problemlösungskompetenz
 - Lernfähigkeit
 - Eigeninitiative
 - Stressresistenz/Belastbarkeit

Die Nachfrage nach Schlüsselkompetenzen steigt

Derartige Fähigkeiten spielen heute als Schlüsselkompetenzen für die Wirtschaft eine immer größere Rolle. Nicht mehr das fachliche Wissen, dessen Halbwertszeit aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung immer weiter schrumpft, sondern persönliche Kompetenzen stehen immer mehr im Vordergrund. Flexible Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kommunikativ sind, soziale Prozesse organisieren und rasch auf komplexe Anforderungen reagieren können, werden zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil für Unternehmen.

Mit Familienkompetenzen zum Erfolg

Mit dem neuen Projekt „Familienkompetenzen“ im Rahmen des österreichischen Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen haben Frauen mit Kindern seit Herbst 2000 die Möglichkeit, sich fit für den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu machen. An ausgewählten Familienberatungsstellen in ganz Österreich wird ein innovatives Coaching-Programm zur Steigerung ihres Arbeitsmarktpotenzials angeboten.

In einem ersten Informationsgespräch werden die konkreten Wiedereinstiegswünsche erörtert, das Projekt wird vorgestellt und die weitere Vorgangsweise besprochen. Ein wichtiges Ziel des Informationsgesprächs ist, dass sich die Frauen über die Bedeutung ihrer in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen klar werden und diese auch offensiv vertreten. Zur Sensibilisierung und zur Vertiefung erhalten sie ein Handbuch, das zahlreiche Beispiele, Checklisten und Trainingsprogramme bietet, mit denen sich die Teilnehmerinnen der Familienkompetenzen bewusst werden.

In einem Zwischeninterview wird die bisherige Beschäftigung der Teilnehmerin mit dem Thema „Familienkompetenzen“ besprochen, ihre Eignung für den Test eingeschätzt und der Termin festgelegt.

Den Lernort Familie nützen

Anfang September 2000 stellten die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Süddeutschland und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in Brüssel ihr Projekt „Familienkompetenzen als Potenzial einer innovativen Personalentwicklung“ der europäischen Fachöffentlichkeit vor – ein Projekt, das überzeugende Antworten auf alte gesellschaftspolitische und neue ökonomische Herausforderungen geben will.

Zielsetzung der Initiative ist es, Unternehmen und Personalisten auf die berufliche Relevanz der in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen aufmerksam zu machen. Denn in einer Arbeitswelt, die sich dynamisch entwickelt und in der technisch-fachliche Qualifikationen extrem rasch veralten, gewinnen überfachliche und soziale Kompetenzen immer mehr an Bedeutung. Das ist eine Herausforderung, die viele Unternehmen bereits erkannt haben. Die Antwort darauf war bislang nur die kostenintensive Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In einem dritten Schritt absolviert die Teilnehmerin das Kernstück des Verfahrens: den Computertest zur Messung von Schlüsselkompetenzen. Das Testverfahren wurde 1988 entwickelt, bisher eine Million Mal eingesetzt und laufend weiterentwickelt. Das Verfahren ist in der Wirtschaft anerkannt und wird erfolgreich in der Personalentwicklung, Potenzialeinschätzung und im Recruiting angewendet. Unter anderem setzen Daimler-Chrysler, die United Bank of Switzerland und die schweizerische Post sowie die Österreichischen Bundesbahnen diesen bewährten und aussagekräftigen Computertest ein.

Auf Basis der ausgewerteten Ergebnisse wird ein schriftliches Gutachten über die Stärken und Entwicklungspotenziale der Teilnehmerin ausgestellt und ihr übergeben. In einem ausführlichen Beratungsgespräch werden anschließend die Ergebnisse und Befunde mit der Teilnehmerin diskutiert. Abschließend erhält sie vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen und der Wirtschaftskammer ein Zertifikat ausgestellt, das sie bei Bewerbungen als Nachweis ihrer Kompetenzen verwenden

kann. Auf dieser Basis können sich künftige Arbeitgeber ein klares Bild vom persönlichen Kompetenzprofil der Bewerberin verschaffen.

Mit dem Projekt „Familienkompetenzen als Potenzial einer innovativen Personalentwicklung“ soll nun einer der entscheidenden, aber von den Unternehmen ungenutzten informellen Lernorte für diese Fähigkeiten aus seinem Schattendasein geholt werden – die Familie. Denn genau wie andere außerschulische oder außerbetriebliche Lernorte vermittelt die Familienarbeit arbeitsrelevante soziale, planende und koordinierende Kompetenzen, auf die es gerade im Managementbereich immer stärker ankommt. „Unternehmen, die Familientätigkeit als Ort der Kompetenzentwicklung nicht wahrnehmen, berauben sich damit eines Potentials notwendiger Fähigkeiten“, stellen die Initiatoren des Projekts nüchtern fest.

Damit es den Arbeitgebern möglich wird, den Lernort Familie zu erschließen und dies in der personalpolitischen Praxis umzusetzen, sind freilich klare und transparente Instrumente zur Erfassung und Bewertung von Familienkompetenzen notwendig. Sie zu entwickeln ist das Kernstück des Familienkompetenzen-Projekts von KAB und DJI, das gemeinsam mit Partnern aus den Niederlanden (De Jong & Van Doorne-Huiskes en Partners) und Großbritannien (Fair Play Consortium) gestartet wurde.

In einem ersten Schritt steht eine Erhebung unter privaten und öffentlichen Arbeitgebern auf dem Programm: Wie verändern sich die Anforderungen an die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konkret? Wie werden außerbetrieblich erworbene Kompetenzen berücksichtigt? Werden die in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen berücksichtigt? In einem zweiten Schritt geht es darum, nicht nur den Betrieben, sondern auch den Eltern beziehungsweise Müttern die Bedeutung ihrer Familienkompetenzen klar zu machen. Ein Qualifikationshandbuch zur Bilanzierung persönlicher Kompetenzen – besonders wichtig beim Wiedereinstieg nach der Kinderpause – und ein Vergleich der nachgefragten mit den angebotenen Kompetenzen sollen den Markt für Familienkompetenzen transparent machen. Drittens soll eine Präsentationsmappe für Betriebe deren Wahrnehmung für Kompetenzen schärfen, die in der Familienarbeit gewonnen wurden.

Dass das Projekt „Familienkompetenzen als Potenzial einer innovativen Personalentwicklung“ einen längst überfälligen Umdeklarationsprozess aufseiten der Wirtschaft, aber auch aufseiten der Eltern beziehungsweise Mütter anstoßen wird, ist klar. Die Nachhaltigkeit wird sich daran messen lassen, wie viele Mütter künftig beim Wiedereinstiegsbewerbungsgespräch vom Personalchef die Frage: „Sie waren also in den letzten Jahren nur daheim und haben nichts gemacht?“, gestellt bekommen und sie mit einem verschämten: „Ja, ich war nur daheim“, beantworten.



Doris Palz

Bundesministerium für
soziale Sicherheit und Generationen

Stubenbastei 5
A-1010 Wien
Österreich

Tel.: +43-1-711 00-3260
Fax: +43-1-711 00-3339
E-Mail: doris.palz@bmsg.gv.at

Impressum

Der *Family Observer* ist eine Veröffentlichung der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten. Der *Family Observer* wird im Auftrag der Europäischen Kommission im Rahmen der Publikationsreihe „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ produziert.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht unbedingt die Meinung oder Haltung der Generaldirektion „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ der Europäischen Kommission wider.

Auf geschlechtsneutrale Formulierungen wurde Bedacht genommen. Da aber bei strenger geschlechtsneutraler Formulierung die gute Lesbarkeit und Verständlichkeit leidet, sind alle verwendeten geschlechtsspezifischen Formulierungen geschlechtsneutral zu verstehen.

Der *Family Observer* erscheint in Deutsch, Englisch und Französisch. Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet.

Weitere Informationen der Beobachtungsstelle finden Sie unter:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/family/observatory/home.html

Konzeption: Irene M. Kernthaler
Redaktion: Irene M. Kernthaler, Sylvia Trnka
Österreichisches Institut für Familienforschung, Gonzagagasse 19/8, 1010 Wien, Österreich
Grafische Gestaltung: Rudolf Heller, Edith Vosta, Ingrid Binder
Illustrationen: Christine S. Prantauer
Übersetzungen: Eva Holzmair-Ronge, Gertrude Maurer, Andrée Pazmandy, Sylvia Trnka
Lektorat der deutschen Texte: Rudolf Karl Schipfer
Sprachliche Bearbeitung der englischen Texte: Suzanna Stephens

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Falls Sie am Bezug des elektronischen Informationsbriefes „Esmail“ der Generaldirektion „Beschäftigung und Soziales“ der Europäischen Kommission interessiert sind, schicken Sie bitte eine E-Mail an empl.esmail@cec.eu.int; der Informationsbrief erscheint regelmäßig in Deutsch, Englisch und Französisch.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2001
© Europäische Gemeinschaften, 2001
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg